

Die Bürgermeister der Stadt Steyr und ihre Zeit (Fortsetzung)

Von Dr. Erlefried Krobath

Thomas Schoiber (1722—1733)

Johann Derfflmayr (1734—1739)

Franz Joseph Willensperger (1740—1747)

Franz Silvester Paumgartner (1748—1759)

Thomas Schoiber (1722 - 1733)

Nach dem Rücktritt des Bürgermeisters Adam Wilhelm verfügte die niederösterreichische Regierung, dass die Wahl eines neuen Stadtoberhauptes einfach durch Abgabe von Stimmzetteln von den Mitgliedern des Inneren und Äußeren Rates, ohne Beisein von Wahlkommissären, durchgeführt werde, um der Stadt Kosten zu ersparen.¹⁾ Diese Wahl wurde am 26. Mai 1721 abgehalten, die abgegebenen Stimmzettel wurden unter Verschluss dem Landgericht in Linz zur Weiterleitung an die Regierung in Wien übermittelt.

Der als neues Stadtoberhaupt erkorene Thomas Schoiber blickte auf ein langjähriges Wirken als gewählter Gemeindevertreter zurück,²⁾ ehe ihm in der Ratssitzung am 21. Jänner 1722 bekanntgemacht wurde, dass ihn Kaiser Karl VI. als Bürgermeister Steyrs bestätigt hatte. Im Bestätigungsschreiben wurde Schoiber aufgefordert, „folgsam“ jederzeit in der Stadt anwesend zu sein und sich der „Markt Frequentierung“ (Schoiber war ja Handelsmann) zu enthalten. Im bezüglichen Sitzungsbericht ist verzeichnet, dass Thomas Schoiber sein Amt nicht sofort antreten wollte, sich „aber endlich dazue Bequemmet“ hatte.³⁾ Nach Verlesung der kaiserlichen Wahlbestätigung im Rathaus am 26. Jänner, gelobten ein Bürgerausschuss und die Viertelmeister einzeln durch Handschlag, sowohl dem neuen Bürgermeister als auch dem Stadtrichter „schuldigen gehorsam und parition zu leisten“.

Die nächste Wahl wurde am 9. Mai 1724 durchgeführt, deren Ergebnis das Verbleiben Schoibers an der Spitze der Stadt war. Während der folgenden acht Jahre wurde keine Bürgermeisterwahl durchgeführt, sondern es wurden lediglich vakant werdende Ratsposten wiederbesetzt. Die Ratsmitglieder hatten hierbei über Anordnung des Landeshauptmannes, ihren Vorschlag schriftlich zu machen und diesen in einem verschlossenen Umschlag beim Magistrat abzugeben, der die Vota dem Landgericht in Linz übersandte. Erst nach geraumer Zeit erfolgte dann Bestätigung oder Ablehnung der vorgeschlagenen.

Thomas Schoiber erblickte als drittes der sieben Kinder⁴⁾ des Eisenhändlers und Bürgermeisters der Jahre 1689 bis 1690, Matthias Schoiber und seiner Gattin Susanna, am 13. Juni 1667 das Licht der Welt. Er ist der dritte Bürgermeister Steyrs, der einem Zweige, der nach dem Türkenkriege im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts zugewanderten schwäbischen Messererfamilie Schoiber entstammt.

Am 2. Mai 1693 bewarb sich Thomas Schoiber um das Bürgerrecht der Stadt, das ihm gegen Zahlung von 24 Gulden Bürgergeld vom Rate gewährt wurde. Sein Vater Matthias „überließ“ dem Sohn im Mai 1695 das Haus Enge 1.⁵⁾ Dieser widmete sich hier dem Handel mit Nägeln und Eisengeschmeide (Eisenkleinwaren). Seine Geschäfte scheinen guten Gewinn gebracht zu haben, denn 1714 scheint er als Besitzer eines weiteren Hauses in der Stadt auf.⁶⁾ Als Thomas Schoiber vier Jahre später beim Magistrat um eine Steuerermäßigung ansuchte, wurde er mit der Begründung abgewiesen, dass er „derzeit in der Handlung der stärkste“, also der bedeutendste Eisenhändler Steyrs war.⁷⁾

Über Verfügung des Landeshauptmannes wurde Schoiber 1699 Mitglied des Äußeren Rates und stand somit am Beginn seiner Laufbahn in der Stadtverwaltung, in der er 33 Jahre lang in verschiedenen Funktionen tätig war.⁸⁾ Es gab in diesem Zeitabschnitt viele Schwierigkeiten zu meistern; besonders drückend wirkte sich der chronische Geldmangel in den Stadtkassen aus. Häufig musste der Bürgermeister mit größeren Summen einspringen, um überhaupt die Verwaltung der Stadt aufrecht erhalten zu können. Zu Ende des Jahres 1713 war sein Guthaben auf 5.600 Gulden gestiegen. Als er um Rückzahlung vorstellig wurde, konnte ihn der Rat nur auf spätere Zeiten vertrösten, da der „jetzige

Zustand“ der Stadtkasse keine Ausgabe zuließe. Als Abschlagszahlung gab man ihm eine auf die Innerberger Gewerkschaft lautende Anweisung über 1.500 Gulden auf künftige Erträge. Kurze Zeit darauf nutzte er jedoch wieder Geld borgen.⁹⁾

Im Monat Dezember 1733 fuhr der 66-jährige Bürgermeister in geschäftlichen Angelegenheiten nach Wien. Am vorletzten Tag dieses Jahres erreichte die Stadt ein Schreiben des zur Erledigung ihrer Agenden in Wien bestellten Agenten Johann Philipp Burckhard, in dem dieser mitteilte, dass Thomas Schoiber „unverhofft“ gestorben sei. Er dürfte auch in Wien beerdigt worden sein. Eine schriftliche Meldung von seinem Ableben wurde unmittelbar nach Verlesung der Todesnachricht verfasst und mit einem Boten dem Steyrer Stadtagenten Dr. Razesperger in Linz zur Vorlage an den Landeshauptmann zugeschickt.¹⁰⁾

Thomas Schoiber war dreimal verheiratet.¹¹⁾ Diesen Ehen entstammten elf Kinder.¹²⁾ Die Witwe, Maria Magdalena, ließ zum Andenken an den verblichenen „am Stadtgraben“ eine Kreuzsäule errichten.¹³⁾ Um das reiche Erbe des verstorbenen entstand unter den Familienangehörigen ein erbitterter Streit, der sich über einige Jahre hinauszog.¹⁴⁾

Während der Amtszeit Schoibers herrschte als Landesfürst Karl VI., dessen Regierung im Wesentlichen durch eine „fortschreitende innere Zerrüttung, besonders in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht“¹⁵⁾ gekennzeichnet war. Dieser im Jahre 1711 zum römisch-deutschen Kaiser gewählt und gekrönte letzte männliche Nachkomme der direkten Habsburgerlinie wollte noch zu seinen Lebzeiten die Anerkennung der als Haus- und Staatsgesetz unter dem Namen Pragmatische Sanktion in der Geschichte bekannten Vereinbarungen erwirken. Diese sahen vor, dass die Erbfolge in den österreichischen Erblanden auf des Kaisers älteste Tochter übergehen sollte, falls der Kaiser keine männlichen Erben hinterließe. Weiters bekräftigten sie das Erstgeburtsrecht sowie die Einheit und Unteilbarkeit der Erbländer. Geduldig widmete der Kaiser viele Jahre der Erreichung dieses Zieles. Unter den deutschen Erblanden bekannte sich Oberösterreich als erstes zur pragmatischen Sanktion. Am 19. April 1720 beschlossen die Stände in Linz die kaiserliche Kundgebung „als ein dauernd wirkendes unverletzbares Grundgesetz“ anzunehmen.¹⁶⁾ Die fremden Mächte zögerten mit der Anerkennung und ließen sich diese teuer erkaufen.¹⁷⁾ Für den Staat lag die Bedeutung der pragmatischen Sanktion darin, dass die mehr oder minder selbständigen habsburgischen Besitzungen, bisher nur durch die Person des Kaisers und die Dynastie miteinander verbunden, nunmehr auch als juristische Einheit in Erscheinung traten.

Wenngleich das Land ob der Enns unter der Regierung dieses Kaisers für einige Zeit durch Kriegssorgen nicht behelligt war, so hatten doch frühere bewaffnete Auseinandersetzungen das soziale Gefüge des Landes erschüttert. Die Anzahl der Entwurzelten war groß geworden, abgerüstete Soldaten, Arbeitslose, aber auch Arbeitsunwillige waren wie überall, so auch in Steyr, anzutreffen. In dieser Zeit, da von der Regierung eine merkantilistische, also eine nach Autarkie strebende Wirtschaftspolitik betrieben wurde, erfolgte eine Reihe von Industrie Gründungen. So war in Linz die Wollwarenfabrik entstanden, die 1719 von der „Orientalischen Compagnie“ aufgekauft wurde.¹⁸⁾ Da man in diesem Betrieb Arbeitskräfte brauchte und auch glaubte, Unbeschäftigte nutzbringend einsetzen zu können, erreichte den Magistrat im September 1725 ein Patent, demzufolge „taugliche Bettler und Müßiggänger“ zum Wollspinnen in das erwähnte Unternehmen geschickt werden sollten.¹⁹⁾ Aber auch auf andere Weise wollte man der Arbeitslosen ledig werden. Mit einer Verfügung der Landschaft vom 6. Mai 1727 wurde den in Steyr anwesenden Rekrutierungsoffizieren des Prinz Alexander von Württembergischen Regimentes erlaubt, „zu mehrern Nutzen und Säuberung des Landes die vazierenden und herrenlosen Bur-schen mit Gewalt hinweckh zu nehmen“, diese also zwangsweise zu Soldaten zu machen.²⁰⁾

Alle Hauseigentümer mussten, in Befolgung der kaiserlichen und landesfürstlichen Bettelordnung für Oberösterreich vom 1. August 1725, bei ihnen untergebrachte Bettler binnen drei Tagen dem Stadtgericht bekanntgeben, überdies ließ der Magistrat in der Stadt verkünden, dass „auf Betlleuth und anderes vacierendes gesind“ Streifen gemacht würden. Die Bürger hätten sich hierzu mit Gewehr und Seitenwaffen versehen bereitzuhalten, um bei Aufruf dem Stadtrichter zur Verfügung zu stehen. Bei Nichtteilnahme an Streifen wurde eine Strafe von 12 Reichstalern angedroht.²¹⁾ Es sollten auch Fremde bei Nacht nicht beherbergt werden. Die Handwerkszünfte wurden aufgefordert, wandernde

Handwerksburschen mit einem Abschied zu versehen und sie zu warnen, ihre Wanderschaft auf den Hauptstraßen fortzusetzen. Almosen sollten nur den armen Leuten gegeben werden, die ein „Stadtzeichen“ besaßen. Dieses war ein Zinnplättchen mit dem Stadtwappen, es wurde vom Zinngießer Anton Franz Dubill verfertigt.²²⁾

Eine drastische Art den Wohltätigkeitssinn der Stadtbürger anzuregen, erdachte sich der Magistrat im Oktober 1727. Wie Stadtrichter Johann Adam von Paumgarten vorbrachte, wurden bei den Wochensammlungen für die „cassa pauperum“, eine Kasse, aus der beim Magistrat an Bedürftige Unterstützungsbeträge verteilt wurden, nur mehr wenig gespendet. Da man mit den eingehenden Beträgen nicht mehr das Auslangen finden konnte, musste aus der Stadtkasse Geld zugeschossen werden. Es wurde daher verfügt, dass eigene Kommissare aus den Reihen des Rates in jedem Haus vorsprechen und die Bewohner auffordern sollten, mehr zu geben, sonst würde sich der Magistrat veranlasst sehen, bei denen, die nichts oder wenig spendeten, einen oder mehrere Arme einzuquartieren.²³⁾

Um sich ein Bild über die Höhe der gewährten Unterstützungen machen zu können, seien zwei Fälle angeführt. Für „seine noch übrigen wenigen Lebens Tag“ ersuchte der alte Schulmeister Johann Georg Sturmbart in Ennsdorf, unter Hinweis auf seine lange Dienstzeit, um einen Unterhaltsbeitrag. Es wurden ihm aus der Armenkasse wöchentlich 21 Kreuzer zugebilligt.²⁴⁾ Dem Nachtwächter Hannß Brändler, der ebenfalls viele Jahre seinen Dienst ordnungsgemäß versah, wurden, „in Ansehung seiner Armut“, wöchentlich 15 Kreuzer bewilligt.²⁵⁾ Die Fleischhacker am Ölberg verkauften in dieser Zeit das Pfund Fleisch (0,56 kg) statt, wie erlaubt, um 3 ½ Kreuzer, um 4 Kreuzer.

1727 sollte für Steyr ein Unglücksjahr werden. Am frühen Morgen des 5. Jänner brach im Aichet „unter den Schleifen“ ein Brand aus, der einigen Schaden anrichtete. Man nahm an, dass er in der Schleiferei Dunst entstanden wäre. Um jedoch die Ursache genau feststellen zu können, lud der Rat alle Viertelmeister und Nachtwächter der Vorstädte vor den Magistrat. Es erwies sich, dass die Nachtwächter im Aichet „gar nachlässig“ waren und das Feuer zu spät bemerkten; so konnte die Nachbarschaft nicht zeitlich genug gewarnt und zur Hilfeleistung aufgefordert werden.²⁶⁾ Doch dieses Feuer überstieg in seiner Gefährlichkeit nicht das Ausmaß kleiner Brände. Niemand in der Stadt konnte ahnen, im gleichen Jahr von einem Großfeuer heimgesucht zu werden, wie es Steyr in seiner vielhundertjährigen Geschichte noch nicht erlebt hatte. Wie die vom Stadtrichter Johann Adam von Paumgarten im Dezember 1727 durchgeführten Untersuchungen und Verhöre ergaben, brach das Feuer Freitag, den 29. August, um ½ 10 Uhr vormittags, im Haus der Katharina Rädingerin, der Witwe des Färbermeisters Elias Rädinger in Ennsdorf (heute Haratzmüllerstraße 14 aus.²⁷⁾ Es kostete einer Anzahl von Menschen das Leben²⁸⁾ und verursachte ungeheuren Sachschaden. Auch das Haus Bürgermeisters Schoiber in der Enge Nr. 1 wurde durch den Brand in Mitleidenschaft gezogen.

Anscheinend war im Haus der erwähnten Färbermeisterswitwe ein kleiner Kaminbrand entstanden. Man unterließ es, fremde Hilfe anzufordern, da man angenommen hatte der Flamme selbst Herr zu werden. Diese breitete sich jedoch aus und griffen auf die durch die Sommerhitze ausgetrockneten Schindeldächer der benachbarten Häuser über. Die Enge der Gassen und die Gedrängtheit der Bauten waren die Ursache, dass bereits am Vormittag viele Gebäude des Inneren Ennsdorfs brannten. Begünstigt durch einen starken Wind, fanden die Flammen dann ihren Weg über die hölzerne Ennsbrücke (auf der sie zwei kleine Drechslerläden zerstörten) in die Enge und weitere Teile der Stadt.

Am Abend des Unglückstages musste eine schreckliche Bilanz gezogen werden. Neben zahlreichen Gewerbebetrieben und Häusern in Ennsdorf, hatte das Feuer unter anderem alle ennsseitig gelegenen Häuser der Enge und die des Stadtplatzes, bis einschließlich des heutigen Hauses Nr. 9, erfasst. Ebenso wurden vom Feuer eine Anzahl stadteigener Gebäude, unter ihnen der „Wasserkunstturm“, das Gewerkschaftshaus,²⁹⁾ das Kriechbaumische Stiftungshaus, das Schloss, Mühle und Säge des Josef Pezlberger („Gsangmühle“), verschiedene Schleifen und Hammerschmieden, so auch die des Franz Salcher im heutigen Stadtteil Vogelsang, der arg gelitten hat, erfasst. Aus den Ratsprotokollen des Magistrates kann man ersehen, dass allein 43 Häuser, in denen Gewerbebetriebe ausgeübt wurden, mehr oder minder schwer beschädigt wurden und 13 Handwerksbetriebe völlig ausbrannten.³⁰⁾ Die Priorin des Cölestinerinnenklosters, heute Berggasse 4-10, teilte der Stadtverwaltung mit, dass das Kloster durch die Feuersbrunst einen unersetzlichen Schaden erlitten hatte und „in große Armuth gesetzt worden“ war, da auch dieses Gebäude mit der Kirche vom Feuer erfasst wurde.³¹⁾

Durch das Feuer wurden viele wichtige Dokumente vernichtet, so auch alle in den Herbergen vorhandenen Urkunden der Handwerkszünfte.³²⁾ Der Magistrat sah sich daher veranlasst, über verlangen solche neu auszustellen. Die Bewerber um Ersatzdokumente mussten unter Eid erklären, dass ihre Angaben richtig wären.³³⁾ Zum Schutze der Abbrändler erklärte sich die Stadtverwaltung sogar bereit, mit deren eventuellen Gläubigern zu verhandeln und die Interessen jener zu wahren.³⁴⁾

Mitschuld an dem Stadtbrand mit derartigem Ausmaß trug das mangelhafte Löschwesen. Wegen geringer Ergiebigkeit der vorhandenen Brunnen musste Löschwasser in Fässern zugeführt werden, ja sogar Wein wurde zur Bekämpfung der Flammen verwendet.³⁵⁾ Das Feuer hatte derart schnell um sich gegriffen, dass auch die einzige städtische Feuerspritze im Zeughaus (heute Kreisgericht) verbrannte.³⁶⁾

Dem Magistrat war sehr daran gelegen, die durch den Brand unterbrochene Gewerbetätigkeit wieder in Gang zu bringen. Der Stillstand der Betriebe hätte Mangel und Not für die Gewerbetreibenden und die bei ihnen Beschäftigten, ja darüber hinaus einen bedeutenden Ausfall an Steuern und sonstigen Abgaben für die Stadtfinanzen bedeutet, vorerst wurden aus der Stadtkasse an 40 Inhaber von Gewerbebetrieben, die um Darlehen zum Wiederaufbau oder zur Reparatur ihrer Häuser angeht hatten, rund 2.000 Gulden vorgestreckt. Einen Schaden von rund 28.000 Gulden, den größten unter den Gewerbetreibenden, erlitt das Ratsmitglied und spätere Bürgermeister Johann Derfflmayr. Ihm wurde, gegen Verzinsung und jährliche Rückzahlung von 200 Gulden, den Betrag von 1.000 Gulden geliehen.³⁷⁾

Mit den Vorarbeiten zur Beseitigung der Schäden wurde schon anfangs September begonnen. Diese Aufgabe wurde dem Stadtkammeramte übertragen, dem der Gastgeber Georg Payr, gegen eine wöchentliche Entschädigung von 30 Kreuzern, beigeordnet wurde. Den Maurer- und Zimmermeistern trug der Rat auf, im Hinblick auf das Unglück, das die Bürgerschaft der Stadt betroffen hatte, die Handwerker zu einem „leidentlichen“ Arbeitslohn zu bewegen.³⁸⁾

Da dem Magistrat nicht entsprechende Mittel zur Unterstützung der Brandgeschädigten zur Verfügung standen, beschloss der Rat am 10. September 1727, den Bürgermeister und den Stadtrichter an den kaiserlichen Hof nach Wien „zu errichtung ainiger Hülff“ zu entsenden.³⁹⁾ Auf diese Vorsprache hin befahl Kaiser Karl VI. am 21. Oktober 1727, dass durch den Landeshauptmann eine Kommission zur Feststellung des Schadens an Ort und Stelle eingesetzt werde. Diese hatte dann die Höhe des Schadens der niederösterreichischen Regierung und Kammer zu berichten. Als jedoch bis November 1728 wegen des Hilfsansuchens noch keine Erledigung eingelangt war, fuhr, im Einverständnis mit dem Magistrat, eine Abordnung der Geschädigten nach Wien, um bei der Regierung auf ihre Not zu verweisen und Hilfe zu erbitten.⁴⁰⁾ Die Ratsprotokolle des Jahres 1729 sind nicht mehr erhalten, doch ersieht man aus denen der folgenden Jahre, dass den Abbrändlern 15 Steuerfrei Jahre zugesagt und außerdem Geldhilfe versprochen wurde.⁴¹⁾ Der Stadtverwaltung war es schon seit dem Jahre 1721 durch die Regierung in Wien untersagt, ohne deren Genehmigung Verpflichtungen finanzieller Natur einzugehen. So wurde den Abbrändlern vom kaiserlichen Hof ein Betrag von 21.512 Gulden als Schadensgutmachung bewilligt. Im Jänner 1732 sah sich der Rat, da die Stadtkasse „gänzlich erschöpft“ war, außerstande, diese Summe aufbringen zu können. Man hoffte jedoch, durch ausständige Steuern und durch einen Kredit von 5.000 Gulden diese Verpflichtungen teilweise erfüllen zu können. Schließlich forderten die Abbrändler die Hälfte von 31.000 Gulden als Schadensersatz sofort und den Rest innerhalb einer gewissen Frist; obwohl ihnen von Wien nur 21.512 Gulden zugestanden worden waren. Nach weiteren Verhandlungen gelangten endlich 10.000 Gulden zur sofortigen Auszahlung.⁴²⁾

Eine vom Magistrat gebildete „Feuerkommission“ schlug vor, die Eisengewerkschaft zu ersuchen, während einiger Jahre 3.000 bis 4.000 Gulden zur Wiederherstellung der abgebrannten städtischen Gebäude beizutragen. Dem Bürgermeister wurde auch empfohlen, an die namhaften Städte der kaiserlichen Erblande ein Rundschreiben oder „Patent!“ zu Erlangung einer „Brandsteuer“ (Geldspende) für Steyr zu richten. Den Geschädigten wurde, über Antrag des Magistrates bei Hof, im Jahre 1729 zugestanden, eine Sammlung in verschiedenen Städten des Reiches durchführen zu können, worauf sie ersuchten, ihnen Sammelpässe auszustellen. Am 5. September 1732 richtete der Magistrat ein „Bewögliches anbringen“ an den kaiserlichen Hof und bat, dass der niederösterreichischen Hofkanzlei bewilligt werde, einen Sammelbrief auszustellen. An dem gesammelten Gelde wollten die Stadt mit

einem Drittel und die Abbrändler mit zwei Dritteln partizipieren. Im Feber 1733 langte endlich die schriftliche Sammelgenehmigung („kaiserliches Sammlungs Patent“) ein. Die Abbrändler baten nun den Magistrat, einen „Nachtrucksamben Paß“ für die als Sammler bestimmten Bürger ausstellen zu lassen.⁴³⁾

In der Folgezeit wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die das Entstehen von Bränden verhüten sollten. Bürgermeister Schoiber veranlasste „zur Probe“ zwölf hölzerne Feuerspritzen zu beschaffen.⁴⁴⁾ Eine eigene Kommission wurde eingesetzt, die alle Dachböden der Häuser in der Stadt und in Ennsdorf zu besichtigen hatte, um festzustellen, ob auf diesen nicht brennbares Material aufbewahrt würde, da solches eine große Gefahr bedeutete. Der gesamten Bürgerschaft wurde verboten, sich, wie bisher, abends mit Spanlichtern auf die Straße zu begeben. Auch die Abhaltung der damals üblichen „Sonnabendfeuer“ auf dem Stadtgraben und „zwischen den Wassern“ wurde untersagt, da sich Werkslager („Werksgaden“) in der Nachbarschaft befanden. Eine Kontrolle der Kamine wurde durchgeführt und in den Werkstätten der Handwerker, die bei offenem Feuer arbeiteten, gewisse Sicherheitsvorkehrungen angeordnet.⁴⁵⁾

Sein Hauptaugenmerk widmete der Magistrat der Erweiterung der Wasserversorgung. Der Ziehbrunnen nächst dem Rathaus wurde so vergrößert, dass er nunmehr die doppelte Wassermenge spenden konnte. Ein verschütteter Ziehbrunnen „unter dem Tor gegen Reichenschwall“ wurde instandgesetzt und ein anderer „im Örtl“ (Stadtteil Ort) wieder verwendbar gemacht. Das in Ennsdorf beim Brand zugrundgegangene steinerne Wasserbecken wurde schon im Oktober 1727 vorläufig durch einen 100 Eimer fassenden Holzbottich ersetzt.⁴⁶⁾ Auch der in der Berggasse neben dem Kloster stehende Ziehbrunnen wurde mit zwei Ausflussrohren versehen und einem Wasserbecken („Brunnchor“) ausgestattet.⁴⁷⁾ Da ein Ausbau der anderen zwei Stadtbrunnen viel Geld gekostet hätte, beschloss der Rat im Jahre 1728 Leitungsrohre aus Blei zu gießen und verlegen zu lassen, um auf solche Art die Brunnen am Stadtplatz vom Wasserturm in Zwischenbrücken aus versorgen zu können. Sie standen bis vor dem ersten Weltkrieg in Verwendung.⁴⁸⁾

Vordringlich wurden ebenso die Tore des Enns- und Steyrtorturmes instandgesetzt, sie waren zu Weihnachten 1727 repariert. Es konnten daher die Mannschaften, die in der Zwischenzeit diese durch das Feuer beschädigten Stadteingänge bewachen mussten, wieder abgezogen werden. Die Schäden am Wasserturm in Zwischenbrücken wurden ebenfalls behoben und dem Turm ein neues Dach aufgesetzt. Da auch die Turmuhr durch die Flammen unbrauchbar geworden war, ließ der Rat vom Großuhrmacher Georg Peißkammer um den Preis von 80 Gulden eine neue anfertigen.⁴⁹⁾

Um den Verkehr nicht zu behindern, wurde rasch der Wiederaufbau der Ennsbrücke in Angriff genommen. Sie wurde mit Pfosten belegt, um die Haltbarkeit zu erhöhen. Holzstämmen durften künftig nicht mehr über die Brücke geschleppt, sondern mussten auf „Halbwagen“ geführt werden, ordnete der Rat an. Solche Halbwagen hatte sich die interessierte Bürgerschaft binnen vier Wochen zu beschaffen.⁵⁰⁾

In den letzten Oktobertagen wurde der Brandschutt in der Enge weggeräumt, jener der Ölberggasse im Feber 1728. Beim Wiederaufbau des abgebrannten, dem Bruderhausfond gehörigen Schulhauses in der Berggasse, wurde der Bau um ein Stockwerk erhöht, um größere Mietzinsträge erzielen zu können.⁵¹⁾

Sehr schnell ging auch der Wiederaufbau des Klosters in der Berggasse vor sich. Abt Ambros von Garsten betrieb diesen, mit Unterstützung verschiedener kirchlicher Institutionen, so eifrig, dass die Klosterkirche (jetzt altes Stadttheater) schon 1729 wiedererrichtet war. Da man beim Bau keine Steyrer Handwerker beschäftigte, forderte der Rat die Priorin auf, auch den Steyrern Arbeit zu geben, da man sonst solcher „Unnachbarschaft auf eine gleiche arth (Art) begegnen“ würde. Die Nonnen entschuldigten sich, dass nicht sie, sondern Abt Ambros für die Vergabe der Arbeiten zuständig wäre. Der Magistrat wandte sich nun an den Landeshauptmann, damit dieser den Abt bewege, auch den ortsansässigen Gewerbetreibenden Arbeit zukommen zu lassen. Da bei den Neubauten des Klosters auch die Stadtmauer in die Außenmauern der Gebäude einbezogen wurde,⁵²⁾ verlangte der Rat einen Revers, in dem festgelegt war, dass die Rechte des Magistrates an der Stadtmauer gewahrt bleiben sollten. Pritz beziffert den Schaden des Nonnenordens mit rund 40.000 Gulden, in diesem Betrag sind die Kosten der Wiedererrichtung der Klostergebäude enthalten.⁵³⁾

Der Wiederaufbau des Schlosses wurde besonders vom Passauer Bischof Graf Josef Dominik Lamberg, einem Bruder des Eigentümers Graf Franz Anton Lamberg, gefördert. Der durch das Feuer entstandene Schaden wurde mit 92.500 Gulden beziffert. Unter Beibehaltung der Dreiecksform des alten Schlossgrundrisses wurde in den Jahren 1727 bis 1731 die Erneuerung des Schlosses vom Linzer Baumeister Johann Michael Prunner durchgeführt, der sich in den Bauformen „stärker als sonst den architektonischen Ausdrucksmitteln Hildebrandts“ näherte. Anstelle der malerischen Burg, die früher Umfassungsmauern, Wehrgänge und Wachttürme hatte, entstand dem Zeitgeschmack entsprechend, das Schloss in einem schlicht gehaltenen Barock, wie es sich uns noch heute darbietet. Die bisherige Annahme, dass Prunner den Bau nach Plänen des Passauer hochfürstlichen Baumeisters Domenico d'Angeli durchgeführt hätte, wurde als irrig erannt.⁵⁴⁾

Zu Ende des Jahres 1729 war ein Großteil der durch das Feuer hervorgerufenen Sachschäden beseitigt. Viele Häuser erhielten, dem bevorzugten Baustil entsprechend, schöne Barockfassaden, die noch heute das Auge des Beschauers entzücken.

Es ist verständlich, dass sich der Magistrat in den folgenden Jahren vor allem die Verhütung der Feuersgefahr angelegen sein ließ und gegen Personen, die in dieser Hinsicht fahrlässig oder leichtsinnig handelten, mit empfindlichen Strafen vorging. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Ausstattung mit Feuerlöschmitteln zugewandt. Auch auf die Tabakraucher wurde das Augenmerk gerichtet. Der Siedenhausverwalter Mühldorfer sah sich veranlasst, beim Magistrate anzuzeigen, dass der Pfründner Frechinger, trotz mehrmaligen Verbotes, „mit dem so excessiv — als gefährlichen Tobackhrauchen fortfahre und fast alle Winckhl ausschlieffe“, wodurch leicht ein Brand entstehen könne. Dem Pfründner wurde hieraus vom stellvertretenden Bürgermeister Johann Derfflmayr befohlen, das Tabakrauchen zu unterlassen „bey ansonsten erfolgend würcklicher Hin auß Thueung aus dem Armen Hauß“.⁵⁵⁾

Das furchtbare Geschehen blieb lange im Gedächtnis der Bevölkerung lebendig. „Zu Abwendung aller schädlichen Feuersgefahr“ und zu „Ehren des Wunderthätigen und Großen Schuz Patrons, des Hl. Floriani“ wurde durch Jahrzehnte am Jahrestag des großen Brandes ein feierliches Hochamt in der Stadtpfarrkirche gelesen und einige Tage darauf eine Prozession nach St. Florian geführt. An dieser nahmen auch alle Ratsherren teil.⁵⁶⁾

Heftige Regengüsse verursachten Ende Mai 1733 bedeutende Schäden. Der seit dem 16. Jahrhundert in die Steyr einmündende Teufelsbach trat aus den Ufern und floss in sein altes Bett, den Hundsgaben, zurück. Dieser wurde völlig unterwaschen. Im Robotdienst mussten Bauern den „Hundsgabenweg“ wiederherstellen. Auch die Wasserbauten nächst dem Plauzenhof wurden in Mitleidenschaft gezogen.⁵⁷⁾ Wie es sich erwies, hatte durch den Regen auch die hintere der Pfarrkirche zugewendete Mauer des „Gerichtshauses“ solchen Schaden erlitten, dass sie einzufallen drohte.⁵⁸⁾

Die laufend leeren Stadtkassen veranlassten Bürgermeister Schoiber, die Ratsherren Ende April 1731 einzuladen, innerhalb einer Woche Einzelvorschläge zu machen, wie man die Ausgaben des Stadthaushaltes vermindern und dessen Einnahmen vermehren könne. Die eingebrachten Vorschläge wurden zusammengefasst und der Regierung zur Genehmigung übersandt.⁵⁹⁾ Zwei Jahre später schickte die für die Untersuchung der Wirtschaft in Steyr eingesetzte Kommission ein Dekret, in dem verlangt wurde, dass vor allem die namhaften Steueraußenstände „eifrig“ eingetrieben werden sollten, weiters wurde dem Magistrat erlaubt, von den in die Stadt kommenden Marktfahrern je Wagen 1 Kreuzer und für ein vorgespanntes Paar Ochsen einen zusätzlichen Kreuzer einzuheben, von den Fleischhauern und „Grießlern“, die ihre Produkte auf dem Wochenmarkt absetzen wollten, sollte ein Marktgeld abverlangt werden. Der Rat beschloss daher, von ihnen jährlich je drei Gulden Wochenmarktgeld zu fordern, von den Fleischern, die am Ölberg ihre Ware verkauften und vom Lande kamen, sollte der Unterstadtkämmerer jedes Mal drei Kreuzer einheben.⁶⁰⁾

Zu Untersuchung des wirtschaftlichen Zustandes der Stadt waren schon am 22. September 1723 kaiserliche Hofkommissäre erschienen und hatten sich „Einnahms- und Ausgangsverzeichnisse“ des Magistrates vorlegen lassen. Wie Landschreiber Johann Eberhard von Zeppenfeld der Stadtverwaltung schriftlich mitteilte, waren diese Kommissäre der Ansicht, dass ein Ausschuss von mindestens 24 „ansehnlicheren“ Bürgern gebildet werde, der bei den Beratungen der Stadtväter „auf welche Weise dem sinkenden Statt Wesen wider aufgeholfen“ werden könnte beratend Mitwirken sollte, um die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Aus dem Ausschuss der 24 wiederum sollten sechs „der

Sache gewachsene“ Männer ausgewählt und je drei Mitgliedern des Inneren und Äußeren Rates beigeordnet werden. Dieses Kollegium hätte gewisse Angelegenheiten „genau und umständlich“ zu beraten und dann ein ausführliches Gutachten zu erstatten. Bürgermeister Schoiber war der Ansicht, dass diese Anordnung der Kommission sich für den gesamten Magistrat „forderist aber den Herrn Vorstehern (Bürgermeister und Stadtrichter) sehr disreputirlich und Besorglich“ auswirken würde. Er fürchtete, dass sich „dahero yble Folgerungen ergeben“ könnten. Da nur zwei Räte der Meinung des Bürgermeisters zustimmten, der Stadtrichter und die übrigen Ratsmitglieder jedoch der Ansicht waren, das Anbefohlene zu tun, da man sonst bei der Kommission „in yblen credit stehen derffte“, kam es am 25. Oktober zur Berufung von 24 Bürgern für den erwähnten Zweck.⁶¹⁾ Auch 1725 war „zur Untersuchung des Notstandes der Stadt“ eine Hofkommission eingesetzt worden.⁶²⁾ Diese schlug vor, der Magistrat solle eine Zinssenkung für die bei der Stadt erliegenden Kapitalien vornehmen.⁶³⁾

Die schlechte Finanzlage der Stadt brachte es mit sich, dass für die Instandhaltung der Straßen und Wege wenig getan werden konnte. Namens der Stadt ersuchten Stadtrichter Johann Adam von Paumgarten und Stadtschreiber Carl Joseph Huebmayr (Huebmayr) im November 1724 die kaiserliche Wegreparierungskommission, die Wege von Steyr nach Kremsmünster und Wels in brauchbaren Zustand setzen zu lassen.⁶⁴⁾ Diese Kommission wieder beanstandete im Dezember 1725, dass die Straßen und Wege innerhalb des Burgfriedes der Stadt in sehr schlechtem Zustande wären. Fast unpassierbar fand sie die Gleinkergasse und den Ramingsteg. Der Magistrat wurde aufgefordert, die Instandsetzung sofort vornehmen zu lassen, da sonst eine Anzeige an die Regierung erfolgen würde.⁶⁵⁾ Für die Reparatur des Weges vom „Gottesackerberg“ (Taborfriedhof) herab und in weiterer Folge durch den Stadtteil Steyrdorf und die Enge, streckte Herr von Hochhaus im Juli 1732 dem Magistrat 250 Gulden vor.⁶⁶⁾

Nur unumgänglich notwendige Reparaturen an städtischen Bauten konnten vorgenommen werden. So wurde 1733 der Ennsturm mit einem „einfallenden“ Schindeldach gedeckt, Instandsetzungen des Sondersiechenhauses vorgenommen, der baufällige Wächterturm im Katzenwald neu errichtet und die Stiege am Pfarrberg neu überdacht.⁶⁷⁾

Im Jänner 1732 beabsichtigte der „Krugl-Müller“ und Garstnerische Untertan Johann Häckhl in Unterhimmel eine Brücke über die Steyr zu bauen, über dieses Unterfangen waren die Steyrer Gastwirte und Müller aus Konkurrenzgründen empört, auch der Magistrat meinte, dass dadurch sowohl der Stadt als auch der Bürgerschaft, ein großer Schaden entstünde. Die Angelegenheit wurde sogar dem Landgericht vorgetragen, die zugunsten des Häckhl entschied. Ende August war die Brücke fertiggestellt.⁶⁸⁾

Ein Patent des Landeshauptmannes, das am 6. Juni 1732 verlesen wurde, setzte die Ratsherren in Kenntnis, dass Kaiser Karl VI. zur Eblandshuldigung nach Linz kommen werde und forderte zur Verpflegung des zahlreichen Gefolges die „unentbehrlichen viktualien umb leydentlich billichen werth Zuführen und Beyzubringen“.⁶⁹⁾ Über kaiserlichen Befehl, einige Deputierte zu diesem Festakte abzuordnen, nahmen an ihm am 10. September Bürgermeister Schoiber, Stabtrichterambtsverweser Adam Leopold Bichler und Stadtschreiber Dr. Carl Joseph Huebmayr (Huebmayr) teil, die dem Landesfürsten namens der Bürgerschaft und des Magistrates huldigten.⁷⁰⁾ Bei dieser Gelegenheit erfuhren die Erwähnten, dass der Kaiser auch Steyr besuchen wolle. Überdies erreichte die Stadt am 18. Juli eine Verfügung des Landeshauptmannes, die beinhaltete, bei der Ankunft Karl VI. in Steyr die „Bürgerschaft ausziehen zu lassen, die Stücke (Geschütze) zu lösen und allerunterthänigste gehorsamste Aufwartung zu machen“.⁷¹⁾ In der Stadt wurde sofort mit den Vorbereitungen begonnen. Eiligst wurden die Fenster des Rathauses ausgebessert und andere „Zuegerichtet“. Weiters wurde gefunden, dass es unumgänglich notwendig sei, den Stadtplatz zu pflastern. Da aber die Stadtkasse „sehr erschöpft“ war, wurde bestimmt, für diesen Zweck von den Bürgern einen gewissen Betrag einzuheben. Dieser war innerhalb von acht Tagen zu erlegen, sich widersetzende Bürger waren dem Magistrat anzuzeigen. Den Bürgern, die Eigentümer von Häusern in den Straßen und Gassen waren, die der Festzug zu passieren hatte, wurde aufgetragen, Dachrinnen und Abflussröhren herzurichten, damit bei eventuellem Regen das Wasser nicht auf die Köpfe der Vorbeiziehenden tropfe. Jenen, die diesem Auftrag nicht nachkommen sollten, wurde eine Strafe von sechs Reichstalern angedroht. Aus den „Feuerzutragsgeldern“ der Stadt-

kasse wurden Laternen angekauft, die statt der bisher üblichen Pechpfannen an den Häusern angebracht wurden. Auch das Schnallentor wurde repariert, „abgeputzt“ und an seiner Stirnfront ein vergoldeter Adler angebracht.⁷²⁾

Die Bürgermiliz in der Stadt und in Ennsdorf bereitete sich vor, mit 500 Mann auszurücken, der Magistrat wurde ersucht, aus den Reihen des Rates Kommandanten einzuteilen. Für die „Fourirschützen“ wurden auf Gemeindekosten Patronentaschen angefertigt, ihre Hüte mit weißen Borten eingesäumt („aingebraimbt“) und es hatten auch die neu angefertigten Trommelriemen mit wollenen „Fränzlen“ besetzt zu werden. Die Stadturner mussten zwei Musikstücke einstudieren, die zum Vortrag gebracht werden sollten.

Am Vortag des Besuches wurden alle Brunnen und die Steyrbrücke mit Blumenbogen geschmückt, in allen Gassen und Straßen wurden Bäumchen aufgestellt und die Artillerie der Stadt, 60 leichte und schwere Geschütze auf dem Stadlmayrfeld vor dem Schnallentor in Stellung gebracht. Mit drei Kanonenschüssen wurde am 25. September, dem Empfangstag, um drei Uhr morgens die Bevölkerung geweckt. Insgesamt rückten drei Kompanien in einer Gesamtstärke von rund 1.000 Mann aus. Eine von diesen wurde am Stadtplatz, die zweite in Steyrdorf und die dritte vor dem Schnallentor zur Parade aufgestellt. Nach 9 Uhr morgens erreichte der Kaiser mit seiner Gemahlin und dem Gefolge die Stadt beim Schnallentor. Hier erwarteten ihn die Mitglieder des Magistrates, der Bürgermeister und Stadtschreiber Dr. Huebmayer. Dieser hielt eine Begrüßungsrede, während Bürgermeister Schoiber dem Monarchen auf einem Kissen die teils versilberten, teils vergoldeten Stadtschlüssel überreichte. Bei seiner Weiterfahrt durch die Stadt wurde Karl VI. von den geistlichen Orden der Stadt willkommen geheißen. Vom Gilgentor aus fuhr er mit seiner Begleitung, ohne weiteren Aufenthalt zu nehmen, zum Lambergischen Jagdschloss in der Saß, wo er an einer Hirschjagd teilnahm, für die der Magistrat über Ersuchen des Fürsten Lamberg 30 Personen im Robotdienst zur Verfügung stellte.⁷³⁾ Am folgenden Tag jagte der Kaiser am Damberg; bei seiner Rückkehr von der Klopfpirsch empfingen ihn die Steyrer Bürger bei der Schiffbrücke, die die Enns beim Kloster Garsten überspannte, mit Musik. Bei der anschließenden Tafel im Kloster warteten die Mitglieder des Magistrates dem Kaiser und seinem Gefolge bei der Tafel auf. Eine Deputation der Abbrändler des Jahres 1727 benützte die Anwesenheit des Monarchen, ihn um die Ausfertigung eines bereits bewilligten „Brandbriefes“ (schriftliche Sammelerlaubnis) zu bitten.⁷⁴⁾

- 1) RP 1721,82. RP 1722,2,3,4,210. RP 1724,55.
- 2) Mitglied des Äußeren Rates 1699 - 1704; Mitglied des Inneren Rates 1705 - 1721; Stadt- und Oberstadtkämmerer 1707 - 1730; Stadthauptmann und Oberviertelmeister 1721 - 1722; Tzämts- und Ungeldverwalter 1730 - 1733; über Verfügung des Landgerichtes vom 23.5.1721 wurde Schoiber auch, bis zur endgültigen Entscheidung durch den Kaiser, provisorisch die Verwaltung des Stadtrichteramtes übertragen (RP 1721,84).
- 3) RP 1721,199. — Bei dieser Wahl wurde erstmalig eine eigene Wahlsteuer („wähl Tzä“) von der niederösterreichischen Regierung vorgeschrieben, über Ersuchen des Magistrates wurde ein Teil dieser neuen Steuer nachgesehen, doch musste der Magistrat für die zur gleichen Zeit gewählten zwei Mitglieder des Inneren Rates je 12 und für die drei des Äußeren Rates je 6, zusammen 34 Reichstaler, erlegen. — Um die Wahlkosten im Jahre 1724 bezahlen zu können, musste Bürgermeister Schoiber der Stadtkasse 500 Gulden borgen, da vom „Universal Tzä Amt“ in Wien eine Wahlsteuer von 675 Gulden vorgeschrieben wurde.
- 4) 1 Kind, gestorben 1690; Barbara, geboren 1664; Thomas, geboren 1667; Eva Rosina, geboren 1668; Johann Ignaz, geboren 1669 (Eigentümer der Häuser Altgasse 1, Stadtplatz 31); Margaretha, verheiratete Kofflerin, geboren 1670; Johann, geboren 1671.
- 5) RP 1695,89.
- 6) RP 1714,60.
- 7) RP 1718,30.
- 8) RP 1699,66.
- 9) RP 1713,40.
- 10) RP 1733,374.375.

- 11) Die erste Frau, Ann Margaretha Giglingerin, ehelichte er am 29.1.1697 (RP 1697,15), nach ihrem Tode heiratete er Magdalena N. Die dritte Gemahlin starb 1738.
- 12) Matthias, geb. u. gest. 1697; Maria Anna, verehelichte Pimplin in Wiener Neustadt (RP 1736,202) geb. 1698; Johann Andre, geb. 1699, gest. 1747, vermählt mit Maria Elisabetha Gstattmayrin (RP 1736,34); Anna Barbara, geb. 1701, verehelichte Steyrerin in Krems (RP 1735,147, RP 1738. 187); Maria Anna, geb. 1703; Joseph Anton, geb. 1706; Ignati (Ignaz), geb. 1709; Johann Michael, geb. 1711; Maria Elisabeth, verehelichte Fröllichin in Wien (RP 1739,5), geb. 1712; Maria Anna, geb. 1714; Maria Theresia, geb. 1719.
- 13) RP 1734,312.
- 14) RP 1735,74,86,137. Da die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt waren, strengte die Witwe gegen ihren Sohn einen Prozess an. Sie ersuchte den Magistrat, eine Wohnung im „Ennsbrückenhaus“ (Enge 1) beziehen zu dürfen, was ihr mit dem Bemerkten, dass damit der Streit nicht präjudiziert sein solle, erlaubt wurde. Nach dem Verhör beim Landgericht wurde das Haus Johann Andre Schoiber zuerkannt. Dieser bewarb sich um den Pfundwaagdienst, der ihm gegen eine Kautions von 1.000 Gulden gewährt wurde (RP 1735,333).
- 15) LV 3. 8.27.
- 16) LV 5.
- 17) England Unterzeichnete am 17.5.1731, Spanien am 6.6., im August desselben Jahres endlich die Niederlande.
- 18) Beim Merkantilismus handelte es sich nicht um ein wissenschaftliches System, sondern um eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen und Vorschlägen, die während eines langen Zeitraumes in verschiedenen Ländern entstanden. In Österreich wollte man damit nicht zuletzt die durch zahlreiche Kriege entstandene wirtschaftliche Rückständigkeit beheben. Durch Einführung von Schutzzöllen und Monopolen (Salz, Tabak), Errichtung von Baumwollfabriken, Förderung des Straßenbaues u.a. erfolgte die staatliche Förderung der Industrie. —Der Arbeiter wurde nach Auffassung des Merkantilismus als mechanisches „Produktionsmittel“ betrachtet, was auf ein geringes Verständnis für den Wert der Arbeit und des Arbeiters schließen lässt.
- 19) RP 1723,194. — Wie einem Bericht vom 13. Mai 1729 zu entnehmen ist, hatte die Linzer Manufaktur mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Rohmaterial musste aus dem Ausland bezogen werden und war teurer als ausländische Fertigware. Unter den Arbeitskräften waren „zu viele Bettler“, worunter wahrscheinlich die der Wollfabrik zugeteilten Arbeitslosen, abgerüstete Soldaten und Arbeitsunwillige zu verstehen waren.
- 20) RP 1727,86; RP 1722,12: Am oberen und unteren Ennstor waren Wachen aufgestellt, um das „Einschleichen von Räuber Bursch aus Unterösterreich“ zu verhindern.
- 21) RP 1725,195,198.
- 22) RP 1725,234.
- 23) RP 1727,232.
- 24) RP 1732, 44.
- 25) RP 1732,144.
- 26) RP 1727,3.
- 27) RP 1727,289. —Ursprünglich war behauptet worden, der Brand sei in der benachbarten Brauerei des Matthias Wenger (heute Haratzmüllerstraße 12) ausgebrochen. Wenger beantragte hierauf beim Magistrat die Inhaftsetzung aller in der Färberei Rädinger Beschäftigten, um einer Verabredungsfahr vorzubeugen (RP 1727,213).
- 28) In den Ratsprotokollen werden als verunglückt angeführt: Die Gattin des Braumeisters Wenger, die im Keller der Brauerei (heute Haratzmüllerstraße 12) erstickte; weiters der Zweckschmied Ernst und eine nicht angeführte Anzahl von Personen, die im Brandtschkischen Keller erstickten. Für diese wurden von der Stadtverwaltung um 4 Gulden 30 Kreuzer Totentruhen angeschafft. Im Kloster verbrannte die taube Nonne Maria Catherina, die sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte.
- 29) RP 1732,228.
- 30) RP 1727,199,205 ff.

- 31) RP 1730,20.
- 32) RP 1750,196.
- 33) RP 1727,296.
- 34) RP 1727,261.
- 35) RP 1727 245; RP 1728,93,105; z. B. bat der Gastgeber Thomas Kurz den Magistrat ihm die Getränkesteuer für dreißig Eimer (1698 I) Wein zu erlassen, die er zum Feuerlöschen verwendet hatte.
- 36) RP 1727,203.
- 37) RP 1727,272.
- 38) RP 1727,207.260.
- 39) RP 1727,197,252.
- 40) RP 1728,276,278,296,304. — Die Kosten der Reise im Betrage von 137 Gulden 34 Kreuzer trug die Stadtkasse.
- 41) Ende November 1730 setzte der Magistrat eine Kommission ein, die aus dem Bürgermeister, dem Stadtrichter, sieben Räten und vier Mitgliedern der Bürgerschaft bestand, um die Verteilung einer Geldhilfe an die Abbrändler vorzunehmen.
- 42) RP 1732,16 ff.
- 43) RP 1733,37.
- 44) RP 1728,33.
- 45) RP 1728,63,68.
- 46) RP 1727,238; RP 1728,30,67.
- 47) RP 1732,128. — Die Arbeit wurde durch den Steinmetzmeister Marx Loidl aus Steinbach durchgeführt, der hierfür 200 Gulden berechnete. Im September 1731 war das „Brunnchor“ errichtet.
- 48) Stadtzimmermeister Paul Dittermayr forderte für diese Arbeiten 96 Gulden 6 Kreuzer (RP 1728,89).
- 49) Der Steyrtorturm wurde vom Maurermeister Michael Zachhuber repariert. (RP 1728,63,99,227, 259). — Für das Bemalen der Zifferblätter verlangte der Maler Victorin Aichen 24 Gulden.
- 50) RP 1728,15. — Der Brückenbau kostete rund 850 Gulden.
- 51) RP 1728,62. — Der Rat verlangte, das Gebäude so zu errichten, dass die Stadtmauer nicht behindert werde.
- 52) RP 1727,251,288.
- 53) LV 1,329.
- 54) B. Grimschitz, Johann Michael Prunner, S. 55.
- 55) RP 1733,150.
- 56) RP 1733,231; RP 1734,269. — In der St. Florianen Klosterkirche wurden durch Ratsmitglieder immer sechs Stück einen Pfund und zwei einen halben Pfund schwere Wachskerzen entzündet.
- 57) RP 1733,140,164,197. — Die Bauern erhielten für diese Arbeit Brot und Getränke im Werte von 4 Gulden 48 Kreuzer.
- 58) RP 1733,140.
- 59) RP 1731,98,116. — Man wollte von allen die Brücke passierenden Fuhrwerken ein Brückengeld kassieren. Weiters sollte vom „Stahlbenefizium“ eine Hälfte der Stadt, die andere den Händlern und Handwerkern zugutekommen. Unter Stahlbenefizien verstand man Abgaben, die von den Rad- und Hammermeistern, den anderen zwei Partnern der Innerberger Hauptgewerkschaft, an die Stadt, sowie an die Eisenhändler und -handwerker entrichtet wurden. Auch von allen in die Stadt gebrachten Waren sollte, außer der Mautgebühr, ebenfalls eine Abgabe erhoben werden, die nach dem Gewicht der Ware zu bemessen wäre. 1733 genehmigte die Wirtschaftsuntersuchungskommission, dass der Magistrat die Biersteuer von 6 auf 12 Kreuzer je Eimer erhöhen dürfe (RP 1733, 216).
- 60) RP 1733,137.
- 61) RP 1723,179,189.
- 62) RP 1725,190. — Pritz schreibt, dass in dieser Zeit, da sich „wenig Merkwürdiges in Steyr zutrug, eine bedeutende Tätigkeit herrschte, Handel und Wandel und mit ihm der Wohlstand der Bürger Zunahmen“ (LV 1,327). Dem widersprechen die Ratsprotokolle. In diesen wird die Lage der kleinen Handwerker als „desolat“ bezeichnet (RP 1711,56). Der Stein- und Wundschneidearzt Franz Georg

- Berger, z.B., bat um Bewilligung, dass seine alte Mutter am Wochenmarkt Medizinien feilhalten dürfe, um ihren Lebensunterhalt zu fristen (RP 1722,90).
- 63) RP 1733,225. Für Mündelgelder sollten weiterhin 4 Prozent bezahlt werden, anderes Kapital sollte niedriger verzinst werden.
- 64) RP 1724,198.
- 65) RP 1725,222.
- 66) RP 1732,174.
- 67) RP 1733,140,167,173,194,267.
- 68) RP 1732,14,16,18,28,96,232. — „Hochaus hat dem Krugl Müllner unterm Himmel erlaubt, daß er auf seine Parola im Steinfeld unweith des Bier Häußl eine neue Pruckhen yber den Steur Fluß“ erbaue.
- 69) RP 1732,143.
- 70) Der Huldigungszug bewegte sich vom Schloss bis zur Pfarrkirche RP 1732,239. — Die Kosten betragen 42 Gulden 7 Kreuzer, außerdem hatte die Stadt an anteiligen, den landesfürstlichen Städten erwachsenen Spesen 90 Gulden 43 Kreuzer 4 Pfennig zu entrichten.
- 71) RP 1732,191.
- 72) RP 1732,227,228. — Da nicht alle Bürger an dem Aufzug der Kompanien teilnehmen wollten, verfügte der Rat, dass von diesen „ein geringer Aufschlag in Geld“ eingehoben werden sollte. RP 1732,319: Stadtplatz und Enge wurden durch den bgl. Pflasterer Johann Maximilian Ebenherwibmer aus Linz gepflastert.
- 73) RP 1732,180.
- 74) LV 1,332.

Johann Derfflmayr (1734—1739)¹⁾

Nach dem plötzlichen Ableben des Bürgermeisters Schoiber verfügte Landeshauptmann Graf Thürheim am 4. Jänner 1754, dass vom Rat bis zur Vornahme einer ordentlichen Wahl „ein taugliches Subjekt zu Fungierung des Bürgermeisteramtes“ vorgeschlagen werde. Noch am gleichen Tage entschieden sich alle Ratsherren für den Handelsmann Johann Derfflmayr. Dieser erklärte sich bereit, vorläufig das Amt zu versehen, ersuchte aber, bei der künftigen Wahl damit verschont zu bleiben. Unter Hinweis auf seine „dem hiesig gemainen Stattweesen so Treu- alß Euferig (eifrig) gelaisteten Dienst und hierdurch erworbener meriten“ und wohl auch, um den Amtsantritt schmackhafter zu machen, verliehen ihm die Räte das, nach dem Tode Thomas Schoibers ebenfalls vakant gewordene Tazamt (Getränkesteueramt), mit einer Jahresbesoldung von 200 Gulden. Mit einer weiteren Anordnung des Landeshauptmannes wurde verfügt, dass dem „zum angesetzten Bürgermeister verordneten Johann Derfflmayr der gebührende Respekt und Gehorsam“ zu leisten wäre. Die Viertelmeister hatten namens der gesamten Bürgerschaft das „Gelübde des Gehorsams“ abzulegen.²⁾

Am 28. April wurde die ordentliche Wahl durchgeführt und Derfflmayr zum Bürgermeister erkorren, trotzdem er vorher nochmals gebeten hatte, ihm dieses Amt nicht aufzubürden.³⁾ Während der nächsten zwei Jahre konnte Derfflmayr seine Stelle nur als „angesetzter“ Bürgermeister versehen, da die kaiserliche Wahlbestätigung noch nicht eingelangt war. Der Magistrat sah sich daher veranlasst, im Mai 1736 an die niederösterreichische Regierung zu schreiben und das Ersuchen um „Beförderung der Ratswahl“ vorzutragen. So erreichte endlich am 26. September 1736 ein vom Landeshauptmann zugesandter „kaiserlicher Wahlbefehl“ den Magistrat, in dem Johann Derfflmayr „allernädigst zum wirklichen Bürgermeister benennet“ wurde.⁴⁾ Die Gemeindevertretung setzte sich in dieser Zeit aus dem Bürgermeister, dem Stadtrichter als Repräsentanten des Landesfürsten, 10 Mitglieder des Inneren und 14 Mitglieder des Äußeren Rates zusammen.⁵⁾ In der kaiserlichen Wahlbestätigung war der Gastgeb Johann Georg Rogg zusätzlich als 15. Mitglied des Äußeren Rates ernannt worden. Die Stadtväter waren jedoch der Ansicht, es sei „vorhin Niehmalen gewöhnlich gewesen, dz (daß) ein Supernummerarius (Überzähliger) den Rat frequentieret“ und ließen Rogg nicht an den Sitzungen teilnehmen. Man riet ihm, Geduld zu üben, bis ein Ratssitz frei werde.⁶⁾ Rogg wandte sich nun an den Landeshauptmann,

der befahl, der kaiserlichen Einordnung Folge zu leisten und ihn zu Sitzungen und Abstimmungen zuzulassen.⁷⁾ Da gleichzeitig der Rat aufgefordert wurde, in dieser Angelegenheit beim Landeshauptmann zu erscheinen, beeilte man sich, „nachdem Rogg für den Magistrat die Entlassung aus dem Verhör“ in Linz erwirkt hatte, dem ernannten Äußeren Rat alle Rechte zuzugestehen. Jedoch sollte er, bis eine Stelle frei würde, das „sonst übliche Weindeputat nicht erhalten.“⁸⁾

Während der Amtszeit Derfflmayrs unterblieb eine zweite Bürgermeisterwahl.⁹⁾ Johan Derfflmayr war das dritte Kind aus der ersten Ehe des Handelsmannes und Ratsmitgliedes Michael Derfflmayr, der in den Jahren 1683 bis 1687 Stadtrichter war.¹⁰⁾ Er war Eigentümer des heutigen Hauses Enge Nr. 9, in dem er eine Handlung betrieb. Nach dem Tode seines Vaters erbte Johann Derfflmayr ein Achtel am Hause, dessen Steuerwert damals 1.330 Gulden betrug. Durch Abfindung der übrigen Erben brachte er das Haus an sich.

Seine berufliche Laufbahn begann Derfflmayr als „Handelsdiener“. Er etablierte sich später als Fischhändler. In seiner „Hütte im Fischergschirr“ brach 1716 ein Feuer aus und der Rat verhängte deshalb über ihn eine Geldstrafe.¹¹⁾ Am 4. März 1720 bewarb er sich um das Bürgerrecht der Stadt. Seine Frau, die vermögende Witwe Felizitas Winklmayrin, brachte zwei Häuser und eine Holzhandlung in die Ehe ein.¹²⁾ Er betrieb nun auch, neben dem Fischhandel, Holzgeschäfte im Rahmen der Steyrer „Holzhandlungs-Compagnia“. Bei dem großen Brande des Jahres 1727 war er der am schwersten geschädigte Bürger der Stadt. 1728 hatte er mit dem „Wiederaufbau“¹³⁾ seines Hauses in der Enge begonnen. Wegen der großen materiellen Verluste, die er durch Brände und die Überschwemmung im Jahre 1736 erlitten hatte, sah sich Derfflmayr genötigt, beim Magistrat um Steuerermäßigung zu ersuchen, die ihm auf die Dauer von fünfzehn Jahren gewährt wurde.¹⁴⁾ Er starb im Alter von 73 Jahren am 19. Jänner 1740 und wurde im Friedhof der Stadtpfarrkirche beigesetzt.¹⁵⁾

Ein tragisches Schicksal waltete über der Familie Derfflmayr. Zwei Tage nach dem Tode des Bürgermeisters verschied auch seine im 59. Lebensjahre stehende Gattin Felizitas. Etwas mehr als ein Jahr später folgte ihr im Tode auch der einzige unverehelichte Sohn Ignati im Alter von 34 Jahren nach.

Der Grabstein des Bürgermeisters ist nicht mehr erhalten. Eine stark verwitterte längliche Schrifttafel, die sich zwischen zwei Strebepfeilern an der Nordmauer der Margarethenkapelle befindet, ist dem Gedenken der Witwe und des Sohnes gewidmet. Die im Renaissancestil gehaltene Tafel schließt am oberen Ende mit einer Arabeske ab, die untere Begrenzung zeigt einen erhabenen gearbeiteten aus zwei Totenbeinen ruhenden Totenkops. Die Tafel trägt nachstehende Inschrift:

AL HIER RUHET IN GOTT DIE WOHLLEDL GESTRENGE FRAV
FELICDAS DERFLMAIRIN WEIL: DES WOHLLEDEL VND
GESTRENGEN HERRN IOHAN DERFLMAIR GEWESTEN
BVRGERMAISTER VND HANDELS MAN ALHIER SELLIGE FRAV
WITTIB DIE DEN 21 IENNER ANNO 1740 IN 59 TEN IHAR
IHRES ALTERS IN GOTT SELIG ENTSCHLAFEN DAN DER
WOHL EDEL HERR IGNATIVS DERFLMAIR BVRGERLICHER
HANDELS MAN ALDA NOCH LEDIGEN STANDTS DER SEINER
FRAVEN MVETTER DEN 28 FEBRVARI ANNO 1741 IN 34 STEN
IAHRS SEINES ALTERS IN DIE EWIGKEIT NACHGEFOLGET
GOTT VFRLEICHE IHNEN DIE EWIGE RUEHE AMEN.

EIN MUETTER MIT IHREN
SOHN LIGET HIR BEGRABEN
DIE IN DER GOTTESFORHT
GELEBET HABEN
OBZWAR DIE LEIBER HIER
VNDER DER ERDEN
ZU STAVB VND ASCHEN VERWESEN WERDEN
WERDEN DIE SELLEN
DOCH OHN ALLEN LEIDEN
BEI IHREN LIEBEN GOTT LEBEN IN FREIDEN.

Die Tochter des Bürgermeisters, Maria Catharina, vermählte sich mit dem Ratsmitglied und Handelsmann Johann Trojan.

Der von Österreich im Jahre 1737 an die Türkei erklärte Krieg, bei dessen Ende im Jahre 1739 ein Großteil der im Frieden von Karlowitz erworbenen Gebiete verloren ging, zeichnete sich im Alltagsleben der Stadt kaum ab.¹⁶⁾ In den Kirchen wurde um den Sieg für die österreichischen Massen gebetet.¹⁷⁾ Über Befehl des Landeshauptmannes wurde das Tanzen verboten, ausgenommen von diesem Verbot waren das Tanzen bei Hochzeiten und Verlobungen.¹⁸⁾ Die Innerberger Gewerkschaft wurde angehalten, sich zur Lieferung von „Bomben und Stuckkugeln gutwillig zu verstehen“, sonst würde dies angeordnet werden.¹⁹⁾ Zur Bestreitung der Kriegskosten wurde von der Bevölkerung eine „Türkensteuer“ eingehoben.²⁰⁾

„Entsetzliche Wassergüsse“ verursachten im Juli 1736 bedeutende Schäden an Gebäuden und Wasserbauten. Die beiden Flüsse der Stadt überfluteten ihre Umgebung; in der Enge und am Stadtplatz musste man mit kleinen Schiffen den Verkehr aufrechterhalten. Am 18. Juli wurden durch das Hochwasser die zwei „kostbaren Enns- und Steyr (Steyr) Pruckhen völlig zerrissen, hinweck geschwemmet“ und damit die Verbindung zwischen den Stadtteilen unterbrochen, berichtete Bürgermeister Derfflmayr im Rat.²¹⁾ Er wollte von seinen Ratsfreunden „vernünftige Mainungen vernemen“, was in dieser Lage zu veranlassen wäre. Man war der Ansicht, bis zur Wiederherstellung der Brücken, eine Überfuhr mit Zillen einzurichten. Wieder wollte man sich an die niederösterreichische Regierung mit einem Bericht wenden, um Hilfe und Unterstützung zu erlangen. Stadtschreiber Dr. Huebmayer verfasste auch ein Ersuchen an die Stände in Linz, mit der Einhebung der Steuern, ohne Berechnung von Verzugszinsen, ein Jahr zuzuwarten.²²⁾

Ein am 2. März 1737 am Wieserfeldplatz entstandener Brand kleineren Ausmaßes, veranlasste den Rat „umb weilen solche Feuers Gefahr Mitlß Göttlicher Gnad und beystand auch durch für bitt des wunderthätigen heiligen und großen Schuz Patrons Floriani abgewendet worden,“ in der Stadtpfarrkirche einen Dankgottesdienst abhalten zu lassen. Den Abbrändlern wurde erlaubt, in Begleitung des Ratsdieners Gregori Stadler, mit einer „verschlossenen Pixen“ in der Stadt sammeln zu dürfen. Das gesammelte Geld wurde, im Verhältnis zum entstandenen Schaden, vom Bürgermeister persönlich verteilt.²³⁾ Von den eingegangenen 77 Gulden 27 Kreuzern erhielt der Schrettschmied Joseph Dägn 50 Gulden, der Rest entfiel auf den Zweckschmied Joseph Fröschl.

Am 24. Juni 1739, zwischen 10 und 11 Uhr nachts, war in Ennsdorf ein Feuer ausgebrochen, das sechs Häuser und sieben Scheunen vernichtete. Die Hauptgeschädigten waren die Schiffmeister Wolf Joseph Pez und Johann Georg Weismayr. Die Abbrändler erklärten, dass sie zur Verhütung weiterer Brandgefahr die Scheunen nicht wiederaufbauen, sondern das bisher in diesen untergebrachte Holz stapeln würden. Bürgermeister Derfflmayr schlug vor, man solle, zu „Abwendung weiterer Gefahr“, diesmal entweder für Maria Zell oder für die Wallfahrtskirche Maria Neustift bei Steyr eine Spende opfern, hierauf beschlossen die Räte, beide Wallfahrtsstätten mit je 12 Gulden zu bedenken.²⁴⁾

Trotz aller Mahnungen und Strafandrohungen wurden von den Bürgern bei ihren nächtlichen Ausgängen Spanlichter verwendet. Um diesen Übelstand zu steuern und damit die Gefahr der Entstehung von Bränden zu mindern, beauftragte der Rat den Stadtrichter Paumgartner bei seinem nächsten Aufenthalt in Wien sechs Laternen anzukaufen, die dann im Ennsdorf „aufgemacht“ werden sollten.²⁵⁾ Außerdem wurde „ernstlich und gemessen“ angeordnet, im Ölberggässchen im Herbst und Winter eine Laterne anzubringen. Diese war am frühen Morgen durch den Marktrichter „aufzustecken“ und bei genügendem Tageslicht durch den Erwähnten wieder abzunehmen und zu verwahren.²⁶⁾ Der Magistrat traf auch Vorsorge, um bei einem Brande das Übergreifen auf jene Räume des Rathauses, in denen Akten ausbewahrt wurden, zu verhüten. Es wurden vor der Stadtkanzlei und der Steueramtsregistratur eiserne Netzgitter angebracht, da Flammen durch Gitter nicht durchschlagen.²⁷⁾

Wegen eines vom Kaiser bei den Landständen Oberösterreichs geforderten Darlehens hatte die Stadt im Oktober 1735 den Auftrag erhalten, innerhalb von drei Tagen alle in der Stadt ansässigen „wohlhändigen“ Bürger namhaft zu machen. Diesem Antrag widersetzte sich der Rat und beauftragte den Stadtschreiber Dr. Huebmayer, an den Landeshauptmann einen Bericht zu verfassen, in dem dieser

die „ohnvermögenheit“ (Unmöglichkeit) den Auftrag zu erfüllen, darlegen sollte.²⁸⁾ Im Jänner des folgenden Jahres verlangte der kaiserliche Hof von der Innerberger Hauptgewerkschaft eine abermalige Vorauszahlung von 40.000 Gulden, wobei die kaiserliche Hofkammer erklärte, dieser Betrag könne auch in Monatsraten von je 5.000 Gulden gegeben werden. Auch diesem Ersuchen stand die Stadt ablehnend gegenüber, da der Stahl- und Eisenabsatz rückläufig war. Überdies hatte der Landesfürst, für ein ihm gegebenes Darlehen, den Bau einer „Eisen-, Geschmeid-, Messer- und Schwarzblechfabrik“ im Land Kärnten bewilligt, was die Stadt befürchten ließ, dass der Absatz der Gewerkschaft weiterhin sinken könnte.

Um sich gegen die Ausrichtung der Fabrik in Kärnten erfolgreich wehren zu können, wurde an die Äbte der Klöster Gleink, Garsten und Seitenstetten, sowie an die Stadt Waidhofen an der Ybbs, die ebenfalls betroffen würde, geschrieben.²⁹⁾ In der Folge teilte der kaiserliche Referendar von Pistreich dem Kammergrafen in Eisenerz mit, dass auf die Gewährung des Darlehens bestanden werden müsste. Aus „gewissen Gründen“ hatte die Eisenerzer Stelle eingewilligt, sie erwartete jedoch von der Stadt, „alß drit Mit Vnirten Löblichen Gewerkschafft Glüd (Glied)“, dass der Magistrat alle Schritte unternehme, die Auszahlung des Darlehens zu verhindern.³⁰⁾

Viel Ärger hatte der Magistrat mit dem wöchentlichen Sammeln für die Armenkasse der Stadt. Es würde in die Sammelbüchsen viel „falsches und Ungäbiges“ Geld, oder aber „gar nur Blöchene Plättl“ (Blechplättchen) geworfen. So sah sich der Rat im Oktober 1734 veranlasst, die Viertelmeister zu beauftragen, in den ihnen zugewiesenen Stadtteilen einmal selbst beim Sammeln mitzugehen und in der Folge immer einen anderen Bürger zu bestimmen, der das gespendete Geld „aus der Hand besichtigen und sodann in die Pixen legen“ sollte. Dem Stadtgericht waren jene Bürger anzuzeigen, die sich weigerten, etwas zu geben. Sie sollten als Strafe den doppelten Betrag, zu dem sie sich seinerzeit verpflichtet hatten, erlegen müssen.

Beim Sammeln hatten alle jene Personen, die ein Armengeld in Anspruch nahmen, mitzugehen und zu beten. Da verschiedene Leute nicht mitgingen und andere während des Sammelns nicht laut beteten, verfügte der Rat, dass diese vom Almosenempfang auszuschließen wären. Entschuldigt von der Teilnahme waren nur zu alte und kranke Personen. Der den Sammelzug anführende „aufgestellte“ Kommissar und die begleitenden Bürger hatten eine Liste der Entschuldigten bei sich zu führen.³¹⁾

Im Dezember 1736 wurde neuerlich vorgebracht, dass sich „ein Teil der armen Leute schäme, bei der Einsammlung laut mitzubeten.“ Sie erhielten so lange keinerlei Unterstützung, bis sie sich dem Gebot des Magistrates fügten.³²⁾

- 1) Auch Dörfflmayr, Derflmayr, Dörflmayer geschrieben.
- 2) RP 1734,1,2,7. — Johann Derfflmayr gehörte schon ab 1712 dem Äußeren Rate an, er wird 1724 als Mitglied des Inneren Rates und Sondersiechenhausverwalter erwähnt (RP 1724,188).
- 3) RP 1734,138. Schon einen Monat vorher beschäftigte sich der Magistrat mit den Vorbereitungen. Die Ratsherren wurden angewiesen, in schwarzer Kleidung zu erscheinen, die Musik solle vor dem Rathaus zum Empfang bereitgestellt sein. Auch der Speisezettel für die Wahlmahlzeit wurde begutachtet. Da es „allezeit üblich gewesen“, dass die Mitglieder des Äußeren Rates die Speisen bei der Tafel der Wahlkommission aufwarteten, sollten sie dies wieder tun. Die von dieser „Tafel bringed ybrigen Speisen“ hätten dann an die „officir Tafel“ (Beamtentisch) gebracht und diese „ebenfalls honet tractiret“ zu werden. — Der Wahlkommission gehörten Landeshauptmann, Vizedom und Landschreiber mit ihrem Tross von Bedienten und Lakaien an.
- 4) RP 1736,142,316.
- 5) RP 1736,316.
- 6) RP 1736,358.
- 7) RP 1737,17.
- 8) RP 1737,17.
- 9) 1737 starben vier Ratsmitglieder. Die Ersatzmänner wurden im Rate gewählt, die Stimmzettel sandte man unter Verschluss der kaiserlichen Wahlkommission zur Bestätigung (RP 1737,245,252).
- 10) RP 1674,62; RP 1676,59; RP 1680,153; RP 1683,104,107; F.P 1684.7.120. — In erster Ehe war Michael Derfflmayr mit Maria Ederin, in zweiter mit Anna Catharina Merkhlin verheiratet. In seinem

mündlichen Testament (testamentum nuncupativum) vom 4.11.1690 vermachte er je einen Hausanteil seiner zweiten Ehefrau, seinen fünf Kindern aus erster Ehe (Matthias, Georg Albert, Johann, Anna Eva verh. Wilhelmbin, Anna Margaretha verh. Salcherin) und der Tochter aus zweiter Ehe Eva Catharina. Den achten Hausanteil erbten die Kinder der Tochter aus zweiter Ehe Maria Magdalena (RP 1707,28,42; RP 1718,85; RP 1739,47; Hausbeschr. 1669. Nr. 63 im St. A.).

- 11) RP 1716,79,181.
- 12) RP 1720,38; Bürgerrechtsverl. 3717.
- 13) RP 1728,47,52.
- 14) RP 1737,46.
- 15) Matr. mort. ab anno 1700, Seite 332; Stadtpfarramt.
- 16) RP 1737,301.
- 17) RP 1738,153.
- 18) RP 1737,242.
- 19) RP 1737,326.
- 20) RP 1739,60.
- 21) RP 1736,231; LV 1,133.
- 22) RP 1736,240,251.
- 23) RP 1737,73,90,100,103.
- 24) RP 1739,163,172.
- 25) RP 1736,355.
- 26) RP 1738,332.
- 27) RP 1738,244.
- 28) RP 1735,266.
- 29) RP 1736,36,50,55,98.
- 30) RP 1736,103.

Franz Joseph Willensperger (1740 — 1747)

Als „angesetzter“ (kommissarischer)¹⁾ Bürgermeister trat der Handelsmann Franz Joseph Willensperger, nach dem Tod seines Vorgängers im Jahre 1740, an die Spitze der Stadt. Er hatte dieses Amt bis zum 18. März 1748 inne. Im Herbst 1747 waren wieder ordentliche Bürgermeister-, Richter- und Ratswahlen genehmigt worden, deren Bestätigung durch die Regierung erst im Mai 1748 eintraf.²⁾

Der im Jahre 1680 geborene Franz Joseph Willensperger war ein Sohn des Handelsmannes und gewesenen Stadtrichters Michael Willensperger.³⁾ Nach dem Tode seiner Mutter erbte er das Haus Engegasse 33, das bei dem großen Stadtbrand des Jahres 1727 in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Übernahme des elterlichen Handels mit Kleiseisenwaren ermöglichte ihm, auch das Bürgerrecht zu bewerben, das ihm gegen Erlag von 10 Reichstalern Bürgergeld und den anderen üblichen Bedingungen gewährt wurde.⁴⁾ Ein Jahr vor seinem Tode erwarb er noch das Haus und die Färberwerkstätte des Joses Racher in Ennsdorf.⁵⁾ Im Alter von 44 Jahren war Willensperger erstmalig in den Rat der Stadt berufen worden, dem er noch viele Jahre angehörte.⁶⁾ Als er das Bürgermeisteramt zurücklegte, verblieb er Mitglied des Inneren Rates.⁷⁾ Doch schon am 17. Mai 1749 ereilte ihn im Alter von 69 Jahren der Tod. Unter dem Geläute aller Glocken der Stadt wurde er bei der Stadtpfarrkirche zur letzten Ruhe beigesetzt.⁸⁾ Er hinterließ drei Kinder, die seiner ersten Ehe mit Maria Catharina N. entstammten.⁹⁾ Als diese im Jahr 1746 starb, ging er mit einem ehemaligen Mündel, Catharina Stainerin, eine zweite Ehe ein.¹⁰⁾

Der 16. deutsche Kaiser (7. spanischer König) aus dem Geschlechts der Habsburger und Landesfürst von Oberösterreich, Karl VI., starb am 20. Oktober 1740 im Alter von 55 Jahren. Seine Tochter, Erzherzogin Maria Theresia, übernahm die Regierung der Erbländer. Sie sah sich der Tatsache gegenüber, dass ihre Nachfolge zwar von den meisten Mächten Europas garantiert worden war, aber jetzt nur von wenigen anerkannt wurde.¹¹⁾ Nun begann der Kampf um das Erbe. Auf Grund zweifelhafter und überholter Rechtsansprüche glaubte Preußen, sich in den Besitz der schlesischen Fürstentümer

setzen zu können. König Friedrich II. brach mit einem Heer in Schlesien ein und hatte im Jänner 1741 den größten Teil dieses Landes besetzt. Um die Armee zu verstärken, wurde in Oberösterreich mit Landschaftspatent vom 18. Jänner 1741 verfügt, dass auch der Magistrat Steyr der in der Stadt einquartierten Stahrnbergischen Miliz alle „Gaßlgeher, Rauffer, Wiltpraithschützen, Fornicanten und andere dergleichen liederlichen“ Burschen, die für den Kriegsdienst geeignet waren, übergeben sollte. Mit der Ausführung dieses Befehles wurde Stadtrichter Paumgartner beauftragt.¹²⁾

Am letzten Julitag desselben Jahres nahmen die Bayern, deren Herzog Karl Albert die Anerkennung der pragmatischen Sanktion widerrufen hatte, im Handstreich Passau ein. Als dies in Steyr bekannt wurde, beantragte Bürgermeister Willensperger am 4. August im Rate „bei denen anscheinend gefährlich Bayrisch Kriegs Troublen“ einen Boten nach Linz zu entsenden, um dort in Erfahrung zu bringen, „ob dißfahls (für die Stadt) waß Zu besorgen (befürchten) seye oder nicht.“¹³⁾ Es erging nun der Auftrag, die Stadt in den Verteidigungszustand zu bringen, die Bürger zu bewaffnen und Wachen aufzustellen, um einen möglichen nächtlichen Überfall auf Steyr zu verhindern. Dafür wurde die Stadt von der Stellung des 10. Mannes für das verfügte Landesaufgebot befreit.¹⁴⁾ Am 13. September wurden nun die drei Brücken der Stadt abgetragen, die dabei Beschäftigten entlohnte das Stadtkammeramt.

Gemeinsam mit französischen Hilfstruppen hatten die Bayern inzwischen am 15. September Linz erreicht. Als man in Steyr erfuhr, dass die feindlichen Truppen mit dem Kurfürsten schon in der Landeshauptstadt waren, berief man für den 16. September nachmittags eine Sitzung im Rathaus ein. Bürgermeister Willensperger stellte zur Entscheidung, was man mit den in der Stadt befindlichen Rekruten machen und ob man die unbenutzbar gemachten Stadtbrücken wiederinstandsetzen sollte. Die Räte entschieden, die Rekruten noch ein paar Tage in Steyr zu behalten, die Steyrbrücke wiederherzustellen, die beiden Ennsbrücken jedoch ebenfalls noch einige Tage in ihrem unpassierbaren Zustande zu belassen.¹⁵⁾

Ein bayrischer Quartiermeister verständigte am 18. September 1741 den Magistrat, dass auch Steyr eine Besatzung erhalten werde. Noch in den Nachmittagsstunden des gleichen Tages rückten, unter Befehl des bayrischen Obersten Arko, 600 Fußsoldaten und 60 Dragoner in die Stadt ein, für die Quartiere beschafft werden mussten. Im Gasthof zur goldenen Krone (heute Stadtplatz 31) wurde eine Kommandantur errichtet, auch wurden sofort alle Stadttore besetzt.

Mit „kurbayrischem Intimationsschreiben“ wurde der Magistrat aufgefordert, am 2. Oktober in Linz zu erscheinen, da sich an diesem Tage der bayrische Kurfürst als Erzherzog von Österreich huldigen ließ. Man erwählte als Teilnehmer der Abordnung Bürgermeister Willensperger, Stadtrichter von Paumgartner, Stadtschreiber Dr. Huebmayer und das Mitglied des Inneren Rates, von Erb.¹⁶⁾ Da man in Erfahrung brachte, dass Kurfürst Albert auch Steyr besuchen wolle, beschloss der Rat, um die Stadt nicht in Schwierigkeiten zu bringen, bei einem etwaigen Besuche ihm die „gehorsambste aufwarthung“ zu machen und den in Steyr einquartierten französischen Offizieren zwei Tage lang für deren Pferde je eine Portion Hafer und Heu verabfolgen zu wollen.

Vom Magistrat verlangte der Stadtkommandant „beim Seilerhaus in Ennsdorf“ Palisaden errichten und bei der unteren Ennsbrücke spanische Reiter aufstellen zu lassen. Ein „Steg über die Enns beim Neutor“ musste ebenfalls gebaut werden.¹⁷⁾ Über kurfürstlichen Auftrag hatten nach Linz 7 Zimmerleute und 25 Tagelöhner geschickt zu werden, die bei der Instandsetzung des Schlosses für das bayrische Kommando zu helfen hatten.¹⁸⁾ Außerdem mussten für die bayrische Armee Schiffsknechte abgestellt werden, deren Entlohnung von 24 Kreuzer je Mann und Tag durch die Stadtkasse erfolgte.¹⁹⁾

In dieser Bedrängnis durch äußere Feinde, gelang es Maria Theresia die Ungarn zu bewegen, ihr mit Truppen zu Hilfe zu kommen. Auch die Österreicher waren nicht untätig geblieben, sie hatten Wien in den Verteidigungszustand versetzt. Die Bayern wurden am 24. Oktober bei Krems und Stein geschlagen und die Übergänge nach Böhmen besetzt. Diese militärischen Rückschläge veranlassten den Kurfürsten, seine Truppen nach Böhmen zurückzuziehen, sodass Unterösterreich am 5. November von den Gegnern geräumt war. Oberösterreich jedoch wollte er verteidigen. Zum Oberkommandanten des Landes wurde Graf Segur bestellt. In Steyr wurden einige Stadttore zugemauert und, über Befehl eines Armeeingenieurs, auf einem Felde zwischen den Jochen der Ennsbrücke eine Zugbrücke eingefügt, um ein eventuelles Vordringen des Feindes unmöglich zu machen oder ihn zunächst auszuhalten.

Als Verstärkung der Besetzung rückte, unter den Klängen einer Feldmusik, am 7. November Oberst Prinz Tingry mit 2.000 Mann französischer Truppen in Steyr ein. Als erste Maßnahme verfügte er, dass der Magistrat die Bürger anweise, ihre Gewehre, Pulver und Blei, sowie alle Mörser und „Stuckh“ (Kanonen) innerhalb von zwei Tagen ins Schloss zu bringen und hier zu übergeben. Die Schlüssel zum „Stuckh Gewölb“, dem Aufbewahrungsort der Kanonen, mussten am folgenden Tage dem Major de Gay des „Durennischen Regimentes“ im Rathaus überreicht werden.²⁰⁾

Die Bewohner von je 10 Häusern hatten eine Person für Befestigungsarbeiten beizustellen, da um den Tabor, beim Schloss Engelseck, an der Peripherie von Ennsdorf und außerhalb der Kollergasse Palisaden auszustellen waren.²¹⁾ Auch der vor dem Nonnenkloster gelegene Teil des Stadtgrabens (heute Promenade) sollte zur Verteidigung hergerichtet werden. Inzwischen hatte sich jedoch das Kriegsglück gewendet. Ungarisches und kroatisches Militär vertrieben in den ersten Dezembertagen Franzosen und Bayern aus Weyer. Graf Segur, der bayrische Oberkommandant des Landes, sah sich daraufhin veranlasst, die Steyrer Garnison um ein bayrisches Infanterieregiment zu verstärken, dessen Stabskompanie in der Stadt, 500 Mann in Ennsdorf und Steyrdorf, weitere 400 Mann in Garsten untergebracht wurden. Gegen die in Richtung Steyr vorrückenden österreichischen Kräfte, die unter dem Oberbefehl des Grafen Khevenhüller standen, wurden nun auch Verteidigungslinien in Ternberg und Dambach, sowie eine Vorpostenlinie um Garsten errichtet, wieder hatte die Stadt für diesen Zweck Schanzarbeiter aus der Bürgerschaft über Auftrag der Landschaft in Linz beizustellen.²²⁾ Der kurfürstliche Brigadier Minucci befahl weiters, das Dach des zur Stadtbefestigung gehörenden „Knöblturmes“ im Garten des Pfarrhofes abzutragen, um auf der Plattform Kanonen aufstellen zu können.²³⁾ Auch die Plattform des im Schlosshof stehenden sogenannten „Römerturmes“ war als Geschützstellung vorgesehen. Um ein eventuelles Eindringen der österreichischen Kräfte entlang der Enns verhindern zu können, wurden innerhalb der an ihr verlaufenden Stadtmauer Gerüste aufgestellt, damit aus diesen nötigenfalls Soldaten zur Verteidigung Platz fänden. Ein bayrisches Kürassierregiment löste die Truppen des Prinzen Tingry ab, der mit seinen Soldaten in die Gegend von Kronstorf beordert wurde. Nur Teile einer französischen „Freikompanie“, etwa 150 Mann, verblieben in der Stadt.

Die Anwesenheit so vieler Soldaten bereitete dem Magistrat große Sorgen. Schon anfangs Oktober mussten die Bäcker berichten, dass das für die Bevölkerung aus Ungarn herangebrachte Getreide nicht mehr lange Vorhalten werde. Man wüsste nicht, wo man anderes beschaffen sollte, da auch die Grundherrschaften der Umgebung ihren Untertanen den Verkauf von Getreide verboten hätten. Um sich zu helfen, beschloss man, dem kommandierenden Offizier statt der Brotlieferungen Bargeld anzubieten, „da ja die meisten Soldaten das Brot wieder verkauften.“²⁴⁾ Um den ärgsten Mangel zu steuern, wurden Mitte Oktober bei der Eisengewerkschaft drei Mut Getreide geliehen.²⁵⁾

Die Stände wurden gebeten, irgendwie Getreide zu beschaffen, um der Bevölkerung das tägliche Brot zu sichern. Auch diese Notlage wurde ausgenützt. Die Bäckermeister Damaschko und Forstberger lieferten „ungenießbares Brot“ und wurden daher zu je vier Reichstalern Strafe verurteilt. Außerdem ließ der Magistrat wieder eine „Bäcker Schupfen“ zur Abschreckung aufrichten.²⁶⁾ Die Bewohner von je 60 Häusern wurden gezwungen, der Landschaft in Linz ein Rind abzuliefern, da auch dort, wegen der zahlreichen Besatzung, Fleischmangel herrschte.²⁷⁾ Mehrfach gab es Zusammenstöße mit den Zivilisten; den Nachtwächtern musste aufgetragen werden, in der Nacht nicht mehr die Stunden auszurufen und keine Laternen zu tragen, da ihnen von den Soldaten mit Rapiere Stöße versetzt wurden.²⁸⁾

Vor allem wurden die Forderungen des Landschafts-Einnehmeramtes, die rückständigen Steuern zu bezahlen, immer dringender. Zusätzlich wurde am 27. September verlangt, innerhalb von vier Tagen ein volles Rüstgeld abzuliefern. Der Magistrat sah sich, trotz der angedrohten Exekution im Nichtbefolgungsfall, außerstande, diesen Betrag aufzubringen.²⁹⁾

Österreicher und Ungarn rückten immer näher heran. Vorsorglich wurde von den Bayern, die ihre aussichtslose Lage zu erkennen begannen, viel Gepäck in Richtung Passau weggeführt. Die Stadt musste hierfür ebenfalls am 23. Dezember, um 7 Uhr früh, Pferde und Wagen zur Verfügung stellen.³⁰⁾ Am 30. Dezember begannen die Truppen Maria Theresias mit der Entsetzung Steyrs. Reiter des Generals Mercy übersetzten die Enns bei Losenstein. Damit wurden die bei diesem Ort und bei Ternberg errichteten Schanzen ihres Verteidigungswertes beraubt und von der bayrischen Besatzung verlassen. Gleichzeitig rückte Feldmarschall Khevenhüller von Haag aus vor, mit dem Ziel, ebenfalls über die Enns

zu kommen und dann Steyr mit seiner rund 4.000 Mann starken feindlichen Besetzung in die Zange zu nehmen. Fußtruppen und Reiter des Generals Bernklau vertrieben die Feinde aus ihren Uferstellungen vor dem Dorf an der Enns, so konnte am Morgen des letzten Jahrestages in der Nähe dieses Ortes eine Schiffbrücke errichtet werden, um Artillerie über den Fluss bringen zu können. Nach dieser Entwicklung, die in weiterer Folge eine vollkommene Einschließung der Stadt bedeutet hätte, zogen die Bayern es vor, noch am frühen Morgen desselben Tages, ohne Verzug in aller Stille aus Steyr abzuziehen und auf dem Wege über St. Florian, der für sie noch nicht gefährlich war, nach Linz zur Hauptmacht zu marschieren. Als die Steyrer dieses Abzuges gewahr wurden, setzten sie eiligst alle Brücken instand und öffneten das von den Bayern verriegelte und verbarrikadierte Stadttor bei der Pfarrkirche, um die aus der Richtung Garsten anrückenden königlichen Truppen zu erwarten. Um acht Uhr morgens ritt eine Vorhut, 36 Husaren, ein, dem dann Kroaten und Panduren mit ihrem Obersten Trenk und anderes Militär folgten. Es wurden vorerst alle Stadttore besetzt, dann machten sich die Streitkräfte an die Verfolgung der Gegner.

In der ersten Sitzung des neuen Jahres, am 5. Jänner 1742, betrachtete es der Rat als Pflicht, an „Ihro königliche Majestät (Maria Theresia) ein Dankabstattungs-Memorial anlässlich der Erlesung (Erlösung) von der bayrisch-französischen Besetzung“ verfassen und, im Wege der Landschaft in Linz, nach Wien senden zu lassen. Bei diesem Anlasse wurde auch vorgebracht, dass Graf Carl Harrach derzeit die „Verfügungsgewalt im Lande habe und man sich an ihn wenden müßte, wenn etwas vorfiele. Die Verordneten (der Stände) hätten demahlen nichts zu disponiren (verfügen).“ Gleichzeitig wurde vom Grafen befohlen, sofort 50 Leute zum Schanzen abzustellen.³¹⁾

Wegen des Abzuges der Feinde wurden am 5. Jänner in drei Kirchen der Stadt Danksagungsandachten abgehalten.³²⁾ Da am 25. Jänner auch die Besetzung von Linz kapitulierte und in der Folge Bayern und Franzosen abzogen, war Oberösterreich feindfrei.

In Steyr wurden inzwischen versprengte und Kriegsgefangene gesammelt und die erbeuteten 89 Pferde in Ställen von Privathäusern untergebracht.³³⁾ Der Abtransport der Kriegsgefangenen erfolgte im September, wozu die Stadt vier Reiter und acht Mann zu Fuß „mit Pulfer und Pley versehen“ stellig zu machen hatte.³⁴⁾ Gegen Mitarbeiter der Besatzungstruppe in Steyr und Weyer wurden Untersuchungen eingeleitet, doch nur ein einziger, der Tischler Kranichl aus Ennsdorf, für schuldig befunden.

Man ging sehr bald daran, die während der Besetzung entstandenen Schäden in Ordnung zu bringen. Auch in der Schule am Berg, in der gegnerische Truppen einquartiert waren, wurden größere Reparaturarbeiten nötig. Der Bürgermeister, der gleichzeitig Verwalter des Bruderhauses war, erhielt vom Rat die Genehmigung, die auflaufenden Kosten in der jährlichen Abrechnung abzubuchen.³⁵⁾

Soldaten des „Decrinischen Regiments“ wurden bei Bürgern in der Stadt untergebracht und gepflegt. Da ihnen aber „nichts als Kraut“ vorgesetzt wurde, forderten sie statt der Naturalverpflegung je Mann täglich zwölf Kreuzer. Schließlich erklärte sich der Oberstwachmeister dieser Truppe bereit, die Forderung auf neun Kreuzer täglich zu mindern, doch mußten von der Stadt Brot und Licht (Kerzen) beigestellt werden.

Da der Krieg außerhalb der Landesgrenzen fortgesetzt wurde, musste Steyr noch öfters Schützen, Rekruten und Schiffeleute für die österreichische Armee beistellen.³⁶⁾

von 1740 bis 1742 war die Kaiserkrone verwaist. Am 22. Februar 1742, dem Tage, an dem der bayrische Kurfürst unter dem Namen Karl VII. zum römischen Kaiser gekrönt wurde, konnte österreichisches Militär sich Münchens bemächtigen und in der bayrischen Hauptstadt einrücken.

Im Juli desselben Jahres schloss Maria Theresia mit dem Preußenkönig Frieden, sie musste aber dem siegreichen Gegner den größten Teil Schlesiens abtreten. Nun wurde von den Österreichern das noch immer in Händen der Franzosen befindliche Prag belagert. Ein weiteres französisches Heer, das im September nach Böhmen kam, drohte die militärische Lage der Österreicher zu gefährden, die nun gezwungen waren, den größten Teil ihrer in Bayern stehenden Truppen aus diesem Land abzuziehen und nach Böhmen zu dirigieren. Diesen Anlass benützte die bayrische Bevölkerung, um sich gegen die noch im Lande befindlichen Österreicher zu erheben. Die österreichische Truppenführung sah sich genötigt, München aufzugeben und sich auf die Innlinie zurückzuziehen. Hierdurch entstand wieder für Oberösterreich eine gefährvolle Lage, die den Landeshauptmann Mitte Oktober veranlasste, ein Ge-

neralaufgebot zum Schutze der Grenzen des Landes zu erlassen. Auch aus Steyr rückten am 30. Oktober 144 Schützen aus, zusätzlich wurden 14 Zimmerleute für Zwecke des Heeres nach Frankenmarkt abgestellt.³⁷⁾

Nach einem Bericht des Stadtrichters Paumgartner war das Steyrer Kontingent statt nach Frankenmarkt, über Befehl des Oberkommandierenden Khevenhüller, ohne Rasttag von Kammer nach Mondsee marschiert. Um die Schützen für diese Strapazen zu entschädigen, da der Marsch „sehr Starckh“ war, hatte der Stadtrichter jedem Ausgerückten zum Tagessold weitere drei Kreuzer „beisetzen“ lassen. Für die Verpflegung wurden dem Hofrichter in Mondsee 590 Gulden ausgehändigt.

Brot wurde auch im genannten Ort gebacken und so konnte jedem Mann ein 4 Pfund schwerer Laib im Wert von 9 Kreuzern gegeben werden. Um die ausreichende Verpflegung der Steyrer zu sichern, wurde durch einen vertrauenswürdigen reitenden Boten weiteres Geld nach Mondsee gesandt.³⁸⁾ Da in der Stadtkasse das Geld knapp war, sah sich Bürgermeister Willensperger veranlasst, 1.000 Gulden vorzustrecken.³⁹⁾

Zu diesem Grenzschutz waren die Steyrer 39 Tage hindurch eingesetzt. Sie mussten während dieser Zeit von der Stadt erhalten und gepflegt werden.⁴⁰⁾

Inzwischen wurde Böhmen von den Franzosen geräumt. Maria Theresia ließ sich nunmehr in diesem Land und dann am 25. Juni 1745 in Linz huldigen. An der unter großen Feierlichkeiten veranstalteten Erbhuldigung in Linz nahmen aus Steyr der Bürgermeister, der Stadtrichter, ein Mitglied des Inneren Rates und Stadtschreiber Dr. Huebmayer teil. Der Rat beauftragte diese Abordnung, der Landesfürstin namens der Stadt „die aller gehorsambste aufwarthung“ zu machen. An dem Huldigungszug nahm auch die Turnermusik teil.⁴¹⁾

Steyr hätte 1743 wieder Rekruten aufzubringen gehabt. Da sich in der Stadt niemand für den Militärdienst fand, beschloss der Rat, die in Haft gehaltenen Arrestanten als Rekruten anzubieten, der Rest auf die verlangte Kopffzahl sollte mit Geld abgelöst werden.⁴²⁾

Im März 1743 hatten sich die Ratsherren mit einer Eingabe der Bürgerschaft an den Landeshauptmann zu beschäftigen. Anscheinend, um ihre Interessen besser zu Gehör zu bringen, hatten die Bürger um Erlaubnis gebeten, aus ihren Reihen zwei „Gemeindefürsprecher“ für die Stadt und je einen für Ennsdorf und Steyrdorf wählen zu dürfen. Dieses Ersuchen wurde von der königlichen Wahlkommission genehmigt und dem Magistrat eine weitere Entscheidung überlassen. In der Genehmigung wurde aber verlangt, dass die Bürgerschaft nur „solche Subjecta antragen (vorschlagen)“ solle, die den Nutzen aller Bürger im Auge behalten und dem Rate nicht unnötige Beschwerden vortragen würden. Auch hätten als „Fürsprecher“ Personen, die zwischen Bürgerschaft und Rat Uneinigkeit und Zwietracht stiften könnten, nicht vorgeschlagen zu werden. Nach längerer Beratung kamen die Stadtväter zum Schluss, auf das Verlangen der Bürger nicht einzugehen.⁴³⁾

Nach dem Sieg bei Simbach im Juni 1743 waren die Österreicher wieder in Bayern eingedrungen und besetzten dieses Land. Der frühere bayrische Kurfürst und jetzige römische Kaiser Karl VII. versuchte vergeblich seine Besitzungen im Verhandlungswege wieder zu erlangen. Er gewann Frankreich, Bayern, Preußen und den pfälzischen Kurfürsten zu einem Bündnis gegen Österreich. Im Elsass bekämpften nun Franzosen die Österreicher während die Preußen im August Prag und im weiteren Verlauf auch Budweis eroberten. Ihre Husaren erschienen schon vor Krumau. In dieser gefährlichen Lage beschloss die Stände in Linz, nicht nur ihren Sitz nach Steyr zu verlegen, sondern auch ihr Archiv und die Kassen hierher zu verlagern.⁴⁴⁾ Statt die bisher üblichen kostspieligen Aufgebote zu erlassen, erhielten die Stände den Befehl, ein Landwehrregiment in der Stärke von 2.000 Mann aufzustellen und in die bedrohten Grenzgebiete zu schicken. Doch blieb das Land verschont, da die Preußen im November 1744 Böhmen räumten.

Noch war die Gefahr für Oberösterreich nicht gebannt. Karl VII. hatte mit französischer Hilfe München wieder genommen, die vereinigten Franzosen und Bayern rückten bis zum Inn vor.

Die zerrüttete finanzielle Lage des Staates, eine Folge der langen Dauer des Krieges, veranlasste den Hof, Darlehen zu suchen. Obervorgeher Johann Michael Menhard unterbreitete dem Rat am 14. Februar 1744 ein Schreiben des Inhaltes, dass der königliche Hof von der Eisengewerkschaft ein Darlehen von 50.000 Gulden gegen 5 %-ige Verzinsung verlange.

Der Kammergraf in Eisenerz wollte wissen, ob die Stadt als drittes inkorporiertes Glied der Gewerkschaft, gegen die Erteilung des Darlehens Bedenken trüge. Der Rat ließ mitteilen, dass er keine Einwände habe, da das Geld „Zu Ihrer Königl. Mayt. (Majestät) von Hungarn und Boheimb (Böhmen) vnser aller durchleuchtigsten Erblandsfürstin und Frauen Frauen allerhöchsten Diensten von nöthen ist.“⁴⁵⁾

Der Tod Kaiser Karls VII. setzte der laufend über Österreich schwebenden Kriegsgefahr ein Ende. Karls Sohn und Nachfolger, Maximilian Joseph III. verzichtete am 22. April 1745 im Frieden zu Füssen auf weitere Ansprüche an Österreich. Das von den Österreichern besetzte Bayern erhielt er zurück. Der Gemahl Maria Theresias, Franz Stephan von Lothringen wurde am 15. September in Frankfurt zum deutschen Kaiser gewählt und bestieg als Franz I. den Thron. Auch der Magistrat Steyr wurde eingeladen, an dem aus diesem Anlass von den Ständen in Linz abgehaltenen Dankfeste teilzunehmen.⁴⁶⁾

Im Land Oberösterreich war man sehr an der Erhaltung des Katholizismus interessiert. Im September 1745 langte wieder ein Patent des Landeshauptmannes ein, das dem Magistrat vorschrieb, „auf die ketzerischen, der lutherischen Lehre zugetanen Insassen fleißige Obsicht zu halten und sie im Falle des Betretens, (der Ausübung)“ anzuzeigen.⁴⁷⁾ Ebenso wurde aufgetragen, auf die „Bildt- und Buecher Crammer“ zu achten, die „abergläubische“ Bücher ins Land brächten.⁴⁸⁾

Der schadhafte Turm der Stadtpfarrkirche war 1746 äußerst reparaturbedürftig. Nach dem vom Stadtbaumeister Hayberger erstatteten Kostenvoranschlag waren für die Instandsetzung 5.044 Gulden 10 Kreuzer erforderlich.⁴⁹⁾

Starke Regengüsse im Juli 1747 richteten an den Wehren der Steyr einen Schaden von rund 1.000 Gulden an.⁵⁰⁾

- 1) Ratsprotokolle der Jahre 1741 — 1748.
- 2) RP 1747,150; RP 1748,46. — Da so lange keine Ratswahlen durchgeführt worden waren, beauftragte der Magistrat im März 1747 den Sprecher einer, in Angelegenheiten der Steinbacher Messerer nach Wien reisenden Bürgerabordnung, Bernhard Großruckher, bei der Regierung wegen der Wahlen vorzusprechen (RP 1744,43).
- 3) Stadtrichter von 1691 — 1693; Steuerbuch 1694,43; Spitalsurbar 1670; Matrica mortuorum II,473 (Stadtpfarramt).
- 4) Bürgereid am 27. Mai 1709 abgelegt. Willensperger musste sich verpflichten, keine anderen Eisenwaren „außer des Geschmeids“ zu verkaufen (RP 1709,86 ; Steuerbuch 1695,42).
- 5) RP 1748,11.
- 6) Mitglied des Äußeren Rates 1724,1727 — 1732, Mitglied des Inneren Rates 1733 — 1736; Bruderschaftsverwalter (RP 1736,15).
- 7) RP 1749,9.
- 8) Matrica mortuorum ab anno 1700,403 (Stadtpfarramt); RP 1749,95; RP 1750,105,106. — Franz Ignati Willensperger kaufte seinem Vater das Haus in der Enge und die Handlung im Oktober 1747 ab (RP 1747,25) und heiratete am 29. Jänner 1748 Klara N. (RP 1748,16).
- 9) Maria Theresia, verehelichte Zechnerin, Franz Ignati und Catharina, verehelichte Pachnerin.
- 10) RP 1749,82.
- 11) Bayern und Sachsen wandten sich gegen die Nachfolge Maria Theresias, Frankreich wollte die österreichischen Niederlande und Spanien seine ehemaligen Besitzungen in Italien gewinnen.
- 12) RP 1741,83.
- 13) RP 1741,245.
- 14) RP 1741,260.
- 15) RP 1741,308.
- 16) RP 1741,309; LV 1,355 ff.
- 17) RP 1741,334.
- 18) RP 1741,316.
- 19) RP 1741,338.
- 20) RP 1741,362,368.
- 21) RP 1741,371.

- 22) RP 1741,379.
 23) RP 1741,373.
 24) RP 1741,321.
 25) RP 1741,330. — 1 Mut = 30 Metzen à 61,49 Liter.
 26) RP 1741,340.
 27) RP 1741,377.
 28) RP 1741,362.
 29) RP 1741,310.
 30) RP 1741,375; LV 1,337,338. — Es wurden beigelegt: vom Pfarrkirchenamte ein mit vier Pferden bespannter Wagen und weitere vier angeschrirte Pferde, vom Bruderhaus ein vierspänniger Wagen und zwei angeschrirte Pferde, vom Spitalamt ein vierspänniger Wagen und zwei angeschrirte Pferde, vom Messerer- und Schneiderhandwerk ein Wagen und vier Pferde, vom Scheckenamte zwei angeschrirte Pferde und vom Magistrat zwei angeschrirte Pferde und ein Reitpferd.
 31) RP 1742,2.
 32) RP 1742,8. — Pritz (LV 1,339) schreibt, dass schon am Neujahrstage in der Stadtpfarrkirche ein feierliches Hochamt unter Teilnahme des Magistrates abgehalten worden wäre.
 33) RP 1742,8.
 34) RP 1742,251.
 35) RP 1742,86.
 36) RP 1742,14,75,109,112,119,134.
 37) RP 1742,277; LV 1,340.
 38) RP 1742,287.
 39) RP 1742,304.
 40) LV 1,340.
 41) RP 1743,175,181.
 42) RP 1742,94,123.
 43) RP 1743,62.
 44) LV 1,341.
 45) RP 1744,29.
 46) RP 1745,181.
 47) RP 1745,181.
 48) RP 1747,5.
 49) RP 1746,187.
 50) RP 1747,115.

Franz Silvester Paumgartner (1748 — 1759)¹⁾

Im Herbst 1747 wurde der Eisenhändler Franz Silvester Paumgartner zum Bürgermeister gewählt. Da die Bestätigung der Wahl durch die Regierung erst geraume Zeit später einlangte, präsierte Paumgartner erstmalig am 22. März 1748 als „ordinari Burgermaister“ einer Ratssitzung.²⁾ Auch bei den Wahlen der folgenden Jahre, die am 8. Juni 1750, am 25. Mai 1753 und am 9. August 1755³⁾ vorgenommen wurden, verblieb er an der Spitze der Stadt. In diesen Jahren wurden die Bürgermeister-, Richter- und Ratswahlen durch den Kreishauptmann von Eckhardt aus Linz durchgeführt. Doch blieb die Wahlbestätigung nach wie vor der Regierung in Wien vorbehalten.

Vor der „Raths Renovation“ des Jahres 1750, wie die Gemeindevertretungswahlen im neuen Amtsstile hießen, teilte die „Repräsentation und Kammer“ als oberste Verwaltungsbehörde des Landes mit, dass die „Renovation“ nach dem „altüblichen Herkommen veranstaltet werden“ solle, jedoch „außer des sonst üblichen Tractamentes“. Unter „Tractament“ waren die Bewirtungen und „Verehrungen“ für die früher viele Köpfe zählenden Wahlkommissionen gemeint. Der Magistrat glaubte aber doch, in Linz anfragen zu müssen, ob man den Kreishauptmann als Wahlkommisär „mit Trompeten

und Pauken empfangen, bei den Stadttoren die Bürgerschaft zur Parade und vor seinem Wohnquartier eine Wache aufstellen“ solle.⁴⁾

Nach dem Einlangen der Wahlbestätigung am 24. September 1753 ließ Bürgermeister Paumgartner eine außerordentliche Sitzung einberufen. Bei dieser konnte er den Ratsfreunden und den Viertelmeistern, die dem „bisherigen Brauche nach in schwarzen Kleidern“ erschienen, mitteilen, dass Kaiserin Maria Theresia ihn als Bürgermeister bestätigt hatte, Paumgartner erbot sich bei dieser Gelegenheit „zu allangenehmen Diensten“ und hoffte, „daß ihm die Herren Raths verwandten mit gleicher Liebe begegnen wurden.“⁵⁾

Im Jahre 1759 ging aus der Wahl, die schon am 9. August 1758 abgehalten wurde, der damalige Stadtrichter Johann Gotthard Hayberger als Bürgermeister hervor, doch musste Paumgartner bis 21. Juni 1759 im Amte verbleiben, da die kaiserliche Bestätigung für den neuen Bürgermeister noch nicht eingelangt war.⁶⁾

Letztmalig nahm Paumgartner am 17. Juli 1766 als Ratssenior an einer Sitzung im Rathause teil.⁷⁾ Am 11. August läuteten die Glocken der Stadtpfarrkirche auf seinem Wege zur letzten Ruhestätte.⁸⁾ Neben der Witwe trauerten um den Verstorbenen zwei unverheiratete Töchter.⁹⁾

Franz Silvester Paumgartner war ein Sohn des Ratsmitgliedes und Eisenhändlers Andree Paumgartner und dessen Gattin Maria Catharina. Nach dem Tode des Vaters am 8. November 1715 ging das Haus Stadtplatz 14 mit der Eisenhandlung in das Eigentum des Bürgermeisters über.¹⁰⁾ Am 6. März 1716 bat er den Rat um Verleihung des Bürgerrechts „auf die Eisenhandlung, wie sie sein Vater geführt hatte.“¹¹⁾ Nach Genehmigung dieses Ansuchens durch den Rat am 13. März, legte er am 27. Mai desselben Jahres den Bürgereid ab.¹²⁾ Am 5. September vermählte er sich mit der wohlhabenden Maria Theresia Wilhelm, der Witwe des Steyrer Bürgers Ignati Wilhelm.¹³⁾ Neben dem Bürgermeisteramt bekleidete Paumgartner noch eine Reihe anderer wichtiger Stellungen im Wirtschaftsleben und im Rate. So war er Vorsitzender des „Eisenhandelsstandes“,¹⁴⁾ Verwalter der Armenkasse beim Magistrat,¹⁵⁾ Bruderhaus-, Pfarrkirchenamts- und Benefiziatenamtsverwalter.¹⁶⁾ Im Mai 1756 wurde er von den Deputierten der sieben landesfürstlichen Städte des Landes ob der Enns zum Verordneten bei der Landschaft (Stände) in Linz gewählt.¹⁷⁾

In den Jahren 1736 bis 1747 war Franz Silvester Paumgartner Stadtrichter, von 1731 bis 1735 und weiterhin von 1759 bis zu seinem Ableben, gehörte er dem Inneren Rate der Stadt an.

Der am 18. Oktober 1748 geschlossene Friede von Aachen beendete den österreichischen Erbfolgekrieg. Im Zuge der nach diesem Friedensschluss von Maria Theresia eingeleiteten Reformen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, wurde 1748 auch im Erzherzogtum ob der Enns eine neue, der Kaiserin unmittelbar unterstellte Landesbehörde, die „Landesfürstliche Deputation“ errichtet. Diese erhielt im folgenden Jahre die Bezeichnung „Landesfürstliche Repräsentation und Kammer“ und war die oberste Verwaltungsbehörde des Landes. Ihr unterstanden die in den einzelnen Vierteln des Landes errichteten Kreisämter und diesen wieder die Magistrate und Grundherrschaften. Die Unterstellung der Grundherrschaften bedeutete eine Schmälerung der Ständemacht. Ein an den Magistrat gerichteter schriftlicher Befehl der Repräsentation und Kammer vom 30. Oktober 1749 setzte die Räte von den neuen organisatorischen Maßnahmen in Kenntnis. Eingangs wird in diesem angeführt, dass die Kaiserin als Landesfürstin in „tiefester Betrachtung des großen Verfalls“ (wirtschaftlichen Verfalles) der sieben landesfürstlichen Städte beschlossen hatte, auch in Oberösterreich eine eigene Verwaltung nach dem Vorbilde anderer Erbländer, vorzüglich nach dem des Erzherzogtums Österreich unter der Enns, errichten zu lassen.

Die vornehmste Aufgabe dieser neuen Behörde sollte darin bestehen, darauf zu achten, dass die Besteuerung der Bevölkerung gleichmäßig erfolge, der Arme vor dem Reichen nicht „gedrückt“, Steuern rechtzeitig bezahlt, Steuerausstände vermieden, in wirtschaftlichen Belangen mit den Einkünften der Stadt sparsam umgegangen und viele unnötige Ausgaben „eingestellt werden möchten“.

Um die Durchführung dieser Anordnung zu gewährleisten, wurde der Repräsentation und Kammer, zur Bearbeitung der Angelegenheiten der landesfürstlichen Städte des Landes, ein Administrator, Andreas Reichard Unger, und diesem wieder ein Adjunkt, Michael Joseph Bendl, zugeteilt. Wegen der

„vielen Mühe und Arbeit“, die die Genannten erwartete, wurden die sieben Städte verpflichtet, beiden, zu dem Gehalt, das sie von der Regierung bezogen, 870 Gulden aus den Mitteln der städtischen Haushalte ausbezahlen, von diesem Betrage sollte Unger jährlich 470, Bendel 400 Gulden bekommen.

Namens der Kaiserin wurde den Städten auch befohlen, dass den vorerwähnten bei ihren Untersuchungen, Besprechungen oder Ratschlägen von jeder landesfürstlichen und städtischen Obrigkeit alle „Achtung und Ehrbezeugung“ erwiesen werde. Sollte der Administrator oder sein Adjunkt irgendwelche Anordnungen treffen, so seien diese ohne Widerrede oder Bedenken zu befolgen.¹⁸⁾

Es zeigte sich in den folgenden Jahren, dass die Repräsentation und Kammer nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf alle anderen Bereiche der städtischen Verwaltung einen nachhaltenden Einfluss ausübte. Eine Untersuchung über die Entstehung der hohen Stadtschulden zeigte, dass seit der Errichtung der Eisenhandlungskompanie im Jahre 1583 bis zur Zeit, da die Bauernaufstände beendet waren (1626), den Rat- und Hammermeistern auf Grund der vertraglichen Verpflichtung, Getreide zu einem niedrigen Preise geliefert werden musste. Weitere Gründe für das Fehlen von Einnahmen waren die Auswanderung der Protestanten in der Gegenreformationszeit und das hierdurch entstandene Erliegen fast jeder Gewerbe- und Handelstätigkeit und vor allem die großen finanziellen Belastungen während der Kriege, wie erhöhte und zusätzliche Steuern, sowie die Kosten für die Verteidigungsmaßnahmen.¹⁹⁾ Auch auf die Besetzung von Stadtämtern nahm die Repräsentation und Kammer Einfluss. Zum Beispiel verfügte sie im August 1750, dass aus „erheblichen Ursachen für das Stadtwohl“, die eben vakant gewordene Stadtkassier- und Täzeinnehmerstelle dem Kanzleiexpeditor Johann Gottfried Pichler zuerkannt werde, obwohl dessen Bewerbung von der Stadtverwaltung nicht bekanntgegeben worden war.²⁰⁾ Ein Befehl vom 5. Juni 1749 setzte den Magistrat in Kenntnis, dass bei Neubesetzung der Stelle des Stadtschreibers (Magistratsdirektors) oder des Syndikus, dem Rate zwar ein Vorschlagsrecht zustünde, die endgültige Verleihung der Stelle aber einer Bestätigung der Repräsentation und Kammer bedürfe.²¹⁾

„Um Kosten zu sparen“, wurde Stadtrichter Johann Sebastian Schrottmüllner 1750 ohne Wahl in seinem Amte bestätigt.²²⁾ Häufig fanden genaue Überprüfungen aller Einnahmen und Ausgaben der Stadt durch den Adjunkten Bendl statt. An Hand der Belege kontrollierte er im Juni 1752 die finanzielle Gebarung der Jahre 1745 bis 1750.²³⁾

Zum Jahresende 1750 wurde ein „Wirtschafts Collegy“ eingerichtet, dass für eine sparsame Gebarung Sorge zu tragen hatte. Diese Wirtschaftskommission entschied in Zukunft über alle Ausgaben der Stadt.²⁴⁾

Um das Finanzwesen im Staate zu ordnen, wurde auf Veranlassung Maria Theresias ein auf 10 Jahre befristeter Vergleich mit den Erbländern geschlossen. Diese mussten jährlich eine bestimmte Summe entrichten, die an das „k. k. Cameral- und Kriegszahlamt“, abzuführen war; das Land ob der Enns hatte „über eine Million (Gulden)“ zu bezahlen.²⁵⁾ Die bisher von den Magistraten einkassierte Verzehrungssteuer wurde nunmehr durch Verzehrungssteuer- und Linienämter eingehoben, als Entschädigung erhielten die Städte einen Anteil an dieser Steuer.

Zur Abdeckung der alten Steuerschulden wurde der Stadt ein Termin von 10 Jahren eingeräumt.²⁶⁾

Der Magistrat erhielt mit Befehl der Landeshauptmannschaft vom 30. März 1756 die Anweisung, in rechtlichen Dingen der hiesigen Ämter (Spitals-, Bruderhaus- und Scheckenamt) in erster Instanz zu entscheiden.²⁷⁾

In der Nacht des 7. Mai 1749 brach am Wieserfeldplatz ein Feuer aus, das auch auf benachbarte Gassen und Straßen übergriff. Ihm fielen 53 Häuser, das Bruderhaus (heute Sierningerstraße 55) und die Bruderhauskirche zum Opfer. Eine unter Vorsitz des Bürgermeisters gebildete Kommission zur Untersuchung der Brandursache stellte nach Zeugeneinvernahmen fest, dass das Feuer im Plixmayrischen Haus, das „an einen Eckh aufwerths gegen den oberen Wiser:Veld“ stand, ausgebrochen war. Nach Angaben des Zeugen Leopold Doppler hätte ein Teil der Bevölkerung behauptet, der Brand sei beim Sieden von Firnis entstanden, ein anderer Teil meinte, dass ein Bewohner des Hauses „Feuer geschlagen hatte und dann den glühenden Zunder weiterglimmen ließ.“ Rauchfangkehrergehilfe Antoni Haider, der mit unter den ersten war, die zur Hilfeleistung an die Brandstätte kamen, war der Ansicht, wenn Wasser vorhanden gewesen wäre, hätte der Brand eingedämmt und somit seine Ausweitung

verhindert werden können. Auch Ringmachermeister Johann Poiger und Messerermeister Max Lindhammer bestätigten, dass im Hause kein Wasserbehälter vorhanden war. Überdies konnte das Feuer im Hause so rasch um sich greifen, weil die Dachkammerwände „nur mit Stroh eingeflochten und mit Lehm angeworfen waren.“ Jedenfalls griff das Feuer in der Folge so rasch um sich, dass man nicht mehr wusste, „wembe und welcher orthen“ man zuerst zu Hilfe kommen sollte.

Auf Verlangen der Repräsentation und Kammer wurde eine Darstellung des Sachverhaltes gegeben. Der Magistrat berichtete, dass das Feuer in der Nacht ausbrach, „wo die Leute im ersten Schlaf waren.“ Das schnelle Umsichgreifen des Feuers sei auch darauf zurückzuführen, dass in den Häusern der Kleinhandwerker leicht brennbares Material, wie Stroh „zum Einbinden“ der Waren und größere Vorräte an Holzkohle für die Essen gelagert waren. Die Stadtverwaltung träfe keinerlei Schuld, da sie für ausreichende Feuerlöschrequisiten Vorsorge getragen hatte. Am Schluss des Berichtes ist auch bemerkt, falls „die Kaiserin den Abbrändlern beyzuspringen geruehen würde“ (also irgendwelche Hilfe leisten würde), könnte die Behebung der Schäden rasch vor sich gehen, andernfalls würden viele Brandstätten nicht mehr aufgebaut und die Arbeit in den Betrieben nicht fortgesetzt werden können, was dann künftig einen zusätzlichen Steuerausfall verursachen würde.²⁸⁾

Durch das Feuer waren viele Bürger zu Bettlern geworden, berichteten die zuständigen Viertelmeister dem Magistrat.²⁹⁾ Von der Stadtverwaltung wurden nun alle möglichen Anstrengungen unternommen, um den Geschädigten zu helfen. So bat man auch den im Monat Juni in Wien weilenden Bürgermeister, sich um ein Befürwortungsschreiben zur Erlangung einer Geldspende von der Stadt Nürnberg zu bemühen.³⁰⁾ Dies geschah mit Erfolg, der Nürnberger Stadtrat sandte 100 Gulden. Ein weiteres Schreiben um Hilfe wurde an die genannte Stadt im Weg der Eisengewerkschaft gerichtet.³¹⁾ Ebenso wurden an die Magistrate der anderen „Handlungs Plätz“ im Reich, wie Regensburg, Augsburg, Frankfurt u. a. Schreiben mit dem Ansuchen gerichtet, in ihren Städten Sammlungen zu Gunsten der Steyrer Brandgeschädigten durchführen zu lassen.³²⁾ Je zwei vom Magistrat bestimmte Bürger wurden nach Niederösterreich, Salzburg, Passau, in die Steiermark und die Städte Oberösterreichs geschickt, um hier zu sammeln.³³⁾

Ein erstes Ersuchen um Genehmigung von Steuerfreijahren für die Abbrändler wurde von den Ständen abgelehnt. Es beschloss der Rat daher, neuerdings für die Geschädigten um diesen Steuer-nachlass anzusuchen,³⁴⁾ der dann endlich auch für drei Jahre gewährt wurde. Jenen Abbrändlern, die Gelddienste an das Bürgerspital zu erbringen hatten, wurden diese, über Ratsbeschluss, erlassen.³⁵⁾ Mit einem Empfehlungsschreiben des Magistrates versehen, fuhren zwei Abgeordnete der vom Brand Betroffenen nach Wien, um auch bei Hof eine Hilfe zu erlangen. 1750 waren das Bruderhaus mit der Kirche wiederaufgebaut und auch der Großteil der sonstigen Feuerschäden behoben.³⁶⁾

Kleinere Brände ereigneten sich auch in den folgenden Jahren. Einer am 7. März 1751 im Dominikanerkloster und im Oktober desselben Jahres an zwei weiteren Plätzen der Stadt. Da im Oktober immer ein Jahrmarkt abgehalten wurde, verfügte der Rat, dass künftig während der Marktzeit die Gassen und Straßen der Stadt und der Vorstädte von Patrouillen abzugehen waren, um etwaige Feuersbrünste schon im Keim bekämpfen zu können.³⁷⁾

Eine neue Plage für die Stadt drohte im August 1749. Im Rat berichtete Bürgermeister Paumgartner, dass die „verderblichen Heuschrecken (Heuschrecken) in unseren wertsten Vatterland sich einfinden, auch andere unglückhe von der Straffenden Hand gottes angedrohet werden.“ Er schlug daher vor, in der Stadtpfarrkirche 3 Gebetstage abhalten zu lassen.³⁸⁾

Ein grässliches Unglück ereignete sich im Juli 1751, als die Pulverstampfe an der Steyr mit ihrem Eigentümer, dem Pulvermacher Franz Xaver Danckhueber, „in die Luft geprenget und den vorbei fließenden Steyer:Flus geworffen“ wurde.³⁹⁾

In den Sommermonaten der Jahre 1750 bis 1758 kam es zu verheerenden Regenfällen, die der Stadtverwaltung viele Sorgen bereiteten. Es entstanden große Schäden an Wegen und Wasserbauten; überdies war zu befürchten, dass die Feldfrüchte nicht zum Ausreifen kämen, was eine große Teuerung des Getreides zur Folge gehabt hätte. Durch Gebete, Messen und das Läuten aller Kirchenglocken zur „Zerteilung des gewölckhs“ (Wolken), hoffte man eine Besserung der Wetterlage erreichen zu können. In dem besonders regenreichen Sommer des Jahres 1751 meinte Bürgermeister Paumgartner im Rat, dass der „gerechte Zorn gottes nur durch eine Besondere andacht Besänffiget werden möchte.“ Er

schlug daher vor, „zu erbittung eines heiteren wetters und abwendung Besorglicher schädlichkeiten“ eine Prozession in die Jesuitenkirche durchzuführen und in dieser, wie auch in der Stadtpfarrkirche, ein Hochamt lesen zu lassen.⁴⁰⁾

Den 20 Insassen des Bürgerspitals verabreichte man im Jahre 1758, statt der bisher üblich gewesenen Naturalverpflegung, für Kost und Wein täglich fünf Kreuzer.⁴¹⁾ Es kosteten damals 2 Pfund Brot 18 Pfennig, 1 Pfund Fleisch bei den Ölbergfleischhackern 12 Pfennig, dasselbe bei den Fleischern in der Stadt 14 Pfennig, ein Pfund Salz kostete ebenfalls 14 Pfennig. Für eine Maß Bier wurden 15 Pfennig gefordert.⁴²⁾

Stadtbaumeister G. Hayberger hatte 1746 im Rat einen Kostenvoranschlag in der Höhe von 5044 Gulden 10 Kreuzer für die notwendig gewordene Reparatur des Stadtpfarrturmes vorgelegt. Man beschloss vorerst, sich mit dem Prälaten von Garsten über die Angelegenheit zu beraten⁴³⁾ und verschob dann, wegen Geldmangels, die Instandsetzungsarbeiten. Fünf Jahre später, im November 1751, musste Hayberger berichten, dass eine Reparatur des Turmes „schon höchst notwendig“ geworden sei.⁴⁴⁾ Aber erst 1756 waren die nötigen Mittel beschafft; einige Parteien hatten dem Bürgermeister, der auch Pfarrkirchenamtsverwalter war, das Geld gegen 4 %-ige Verzinsung zur Verfügung gestellt.⁴⁵⁾ Die Stadtverwaltung musste jedoch für diesen Betrag zwei Schuldbriefe in Gesamthöhe von 5.000 Gulden ausstellen. So konnte endlich in diesem Jahre mit dem Abtragen des Daches und der schadhafte Mauern und ihrer Erneuerung begonnen werden. Der Turm wurde um 5 Klafter erhöht. Am 15. April 1757 wurden das Turmkreuz und der Turmknopf aufgesetzt. „Ad perpetuam rei Memmoriā“ (zu immerwährendem Gedenken)⁴⁶⁾ wurde eine von Stadtschreiber Dr. Knab verfasste und vom Rate genehmigte Schrift im Turmknopf verwahrt.

Das Mitglied des Äußeren Rates, Bernhard Großruckher, gedachte im Plauzenhof eine Kapelle erbauen zu lassen und ersuchte deshalb den Magistrat im Feber 1754, unter Vorlage des Planes, um Baugenehmigung.⁴⁷⁾ Im September 1755 wurde die Bewilligung erteilt, da Großruckher auch für die spätere Instandhaltung der zu erbauenden Kapelle ein Kapital von 100 Gulden erlegte, dessen 3 % Zinsen für den erwähnten Zweck verwendet werden sollten.⁴⁸⁾

Aus Kosten der Stadtverwaltung wurden 1757 die eingefallenen Mauern des Taborfriedhofes erneuert.⁴⁹⁾ Die notwendigen Straßenausbesserungsarbeiten hatten, über Verfügung der Kammer und Repräsentation, die Bevölkerung im Robotdienst zu besorgen.⁵⁰⁾

Die angespannte Finanzlage erlaubte nur unumgänglich notwendige Ausgaben. So wurden im Herbst 1746 im Ratszimmer zwei neue Fenster „mit mittleren Taffeln aus grienen glaß (grünem Glas)“ angeschafft und die alten Scheiben zur Verfertigung von zwei Winterfenstern verwendet.⁵¹⁾

Der kaiserlich-königliche Postmeister in Steyr hatte im Spätsommer 1752 den Auftrag erhalten, jeden Dienstag und Freitag „mit drei oder vier Pferden, auch allenfalls mit zwei Wagen“, nach Linz zu kommen. Damit war zwischen den beiden Städten eine regelmäßige Postverbindung geschaffen.⁵²⁾ Der staatliche Postdienst trachtete nun auch, die von Boten durchgeführte Brief- und Paketbeförderung in seine Hände zu bekommen. „Obriß: Postadjunkt“ von Wisner gab am 18. August 1752 dem Magistrat bekannt, dass auf Grund eines „allerhöchsten Befehles“ allen Boten, vornehmlich aber der zweimal mit Paketen und Briefen nach Linz fahrenden Steyrer Botin, der Witwe Matthias Stabtiers, die Postbeförderung untersagt werden sollte. Im Rate kam zur Sprache, dass die Witwe Stabtier bisher die Magistratspost um den Betrag von 10 Gulden im Jahre nach Linz befördert hatte. Die Stadtväter waren auch der Ansicht, dass „je weniger der Porto seyn, je mehr wurde der diligence zuflussen“, also wenn die staatliche Post weniger Briefe und Pakete beförderte, könnte der Postwagen (die „Diligence“) mehr Reisende aufnehmen und damit höhere Einnahmen erzielen. Diese Argumente dem obersten Postverwalter von Wisner vorzubringen, wurden Bürgermeister Paumgartner, Stadtschreiber Dr. Grueber und ein Ratsmitglied beauftragt. In der Sitzung vom 25. August konnte der Bürgermeister berichten, dass eine Milderung des Allgemeinverbotes erreicht wurde. Die Steyrer Botin sollte in Zukunft an den Tagen und zu den Stunden, da die staatliche Post verkehrte, also an Dienstagen und Freitagen, nicht nach Linz fahren. An den übrigen Tagen, an denen sie fahren konnte, sollte aber auch ihr untersagt sein, Briefe und „Bäckle“ (Pakete) unter 20 Pfund Gewicht zu befördern. Die genannte Botin und andere, die Post beförderten, wurden vorgeladen. Stadtschreiber Dr. Grueber setzte sie von der neuen Verordnung in Kenntnis und teilte ihnen mit, dass in Hinkunft nur mehr Fracht- und Avisobriefe für die

von ihnen gleichzeitig beförderten Waren, mitgenommen werden dürften. Von dieser Maßnahme waren vor allem die Schiffmeister und Holzhändler betroffen. Die Viertelmeister erhielten den Auftrag, den in ihren Stadtteilen wohnenden Boten mitzuteilen, dass sie die Stadtschilde, die sie als Boten auswiesen, abzuliefern hätten.

Am 15. Juni 1752 erhielt der Magistrat einen schriftlichen Befehl der Repräsentation und Kammer, wonach er die aus der Steiermark nach Ungarn „auswandernden irrgläubigen Bauern“ (Protestanten), auf ihrem, unter militärischer Bedeckung erfolgenden Marsche in Steyr „übernehmen und solche samt den mithabenden Geld in gute Verwahrung“ nehmen sollte. Um das den Bauern gehörige Geld könnte man die notwendige Nahrung beschaffen.

Ein Schiff, auf dem die Protestanten weiterbefördert würden, wäre bereits bestellt, teilte man mit. Als sich der Magistrat an den Hauptmann der in Steyr untergebrachten Grenadierkompanie wandte und ihn ersuchte, die Übernahme, Verwahrung und Bewachung der Bauern durchzuführen, lehnte dieser ab, da er von seiner vorgesetzten Stelle hierzu nicht beauftragt worden war. Falls der Magistrat die „Irrgläubigen“ jedoch nicht übernehmen wollte, müssten sie sofort weitermarschieren, gab der Hauptmann zu bedenken. Auf diese Ablehnung hin, wurde Stadtrichter Gotthard Hayberger als Stadthauptmann angewiesen, dem Befehle der Linzer Behörde gemäß, die geforderten Maßnahmen zu treffen. Den von der Stadt beigestellten Bewachungsmannschaften wurde eingeschärft, den Abgeschafften keinen Verkehr mit Leuten aus der Stadt zu erlauben, aber auch niemand aus der Verwahrung zu entlassen. Auf die Anfrage der Stadtverwaltung, was mit den Protestanten weiter zu geschehen habe, teilte die Repräsentation und Kammer mit, dass diese „irrgläubigen Sektierer“ nach Ungarn und Siebenbürgen weiterbefördert würden, wo sie beim Bau von Festungen arbeiten müssten, von Steyr wären sie nach Klosterneuburg zu „liffern“.

Ein weiteres Rundschreiben der vorgenannten Behörde vom 20. Juni brachte zur Kenntnis, dass alle „Leichenbegängnisse auf lutherische Art“ verboten wären.⁵³⁾ Wiederholt wurde auch auf das Verbot „lutherischer Bücher“ hingewiesen und der Magistrat aufgefordert, den drei Buchbindern und dem Buchdrucker der Stadt einen Auszug des bezüglichen Verbotsdekretes auszuhändigen.⁵⁴⁾

Aus einem Ansuchen des Stadtschreibers (Magistratsdirektors) Dr. jur. Ferdinand Matthias Grueber an den Rat vom 10. Jänner 1755 ist ersichtlich, dass mit „anfang dieses Jahrs die Salaria fixa ihren anfang genohmen...“, also die städtischen Bediensteten erstmalig feste Besoldungen erhielten. Dr. Grueber empfing ein monatliches „Fixum“ von 50 Gulden, mit dem er, wie er berichtete, „mit seinem großen Haushalte und der Familie nicht das Auskommen finden könne.“ Von diesem Gehalt sollte auch noch das „unentbehrliche Brennholz beschafft“ werden, klagte er. Der Stadtschreiber verließ den Magistratsdienst, sein Nachfolger wurde Dr. jur. Ferdinand Michael Knab.⁵⁵⁾

Mit einem Kammerdekret des Jahres 1758 wurde dem Magistrat vorgeschrieben, in welcher Höhe sich das Jahresgehalt der fünf deutschen Schulmeister zu bewegen hatte.⁵⁶⁾

Glücklicherweise blieb die Stadt im Siebenjährigen Krieg (1756 — 1763) von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont. Nach der Eroberung Prags durch die Preußen unter König Friedrich II. waren die Ratsherren der Ansicht, dass die „dermallige Kriegs Zeitten sehr gefährlich aussechen.“ Es wären daher, meinten sie, von jeder Obrigkeit „zu Versöhnung des zorns Gottes alle Mittel anzuwenden.“ Vor allem seien in der Stadt „neben anderen gefährlichen gelegenheiten die Freytänz“ (Tanzunterhaltungen) einzustellen. Ebenso ließen die Ratsherren das Hochzeitsschießen und die Abhaltung von „Springfeuern“ am Johannistage untersagen.⁵⁷⁾

Der Magistrat erhielt den Auftrag, „alte Leinwand“ sammeln zu lassen, die für die verwundeten Soldaten gebraucht werdet.⁵⁸⁾

Um die Fleischversorgung im Lande zu sichern, wurde der Verkauf von Vieh in andere Provinzen verboten. Für die sehr häufig durchziehenden Soldaten mussten Lebensmittel und für die Pferde Heu und Hafer bereitgestellt werden. Allein am 22. März 1758 passierten 1.000 für die k. k. Armee bestimmte Maultiere die Stadt.⁵⁹⁾ Oftmals hatte der Magistrat auch bespannte Wagen für den militärischen Provianttransport beizustellen. So wurden im Juni 1758 sogar so vierspännige Wagen für den Lebensmitteltransport nach Budweis angefordert. Die Stadt hatte aber nur 30 Pferde zur Verfügung, weshalb sich der Magistrat erbot, einige Male zu fahren.⁶⁰⁾

Ein Register für Grundstücke in städtischem oder adeligem Besitz, die sogenannte Landtafel, wurde 1754 angelegt. 224 Häuser der nachstehenden „Ämter“ in Steyr wurden aus diesem Anlasse in die landschaftliche Einlage aufgenommen:

Truenteinstiftung	24 Häuser,
Stadtpfarrkirche	46 Häuser,
Vier Benefizien	25 Häuser,
Bürgerspital	51 Häuser,
Bruderhaus	66 Häuser,
Flößerzeche	12 Häuser.

Diese Häuser scheinen später in den Einlagen des Allgemeinen Grundbuches auf.⁶¹⁾

- 1) Verschiedene Schreibweise des Namens in den Ratsprotokollen: Paumbgartner, Baumgartner, Paumgartner. Pritz (LV 1,384) schreibt den Namen „Paumgarten“.
- 2) RP 1748,46,47.
- 3) RP 1755,575,586.
- 4) RP 1750,113,121,160.
- 5) RP 1753,136,150,366.
- 6) RP 1758,156,384,401; RP 1759,121.
- 7) RP 1766,158.
- 8) Totenregister III (Stadtpfarramt). — Die Witwe Maria Theresia bat den Rat „um beylassung des Pfarrkirchenamts-Dienstgenusses bis ende des jahrs gegen Verschaffung aller richtigkeit“ (RP 1766,192,18. August).
- 9) RP 1756,31.
- 10) Andree Paumgartner starb am 8.11.1715 im Alter von 79 Jahren. 32 Jahre lang war er Eisenhändler (RP 1749,96). Seine Gattin Maria Catharina erreichte das hohe Alter von 97 Jahren und verschied am 27.3.1761. Der Ehe waren drei Kinder entsprossen: Georg Leonhard, Franz Silvester und Anna Maria (RP 1716,7).
- 11) RP 1716,53,55.
- 12) 10 Reichstaler Bürgergeld, Bg. Verl. 3713 12.
- 13) RP 1717,147; RP 1716,192, RP 1757,335: Maria Theresia Paumgartnerin war eine geborene „von Paumgarten“.
- 14) RP 1750,184; RP 1758,48.
- 15) RP 1757,449.
- 16) RP 1736,15; RP 1753,117,159.
- 17) RP 1756,200.
- 18) RP 1749,238 ff.
- 19) RP 1749,18,19; RP 1750,272; LV 1,343.
- 20) RP 1750,133.
- 21) RP 1749,119.
- 22) RP 1750,199.
- 23) RP 1752,170,181,184. — Im Jahre 1746 betrogen die Steuer- und Gefällsschulden der Stadt über 37.000 Gulden.
- 24) RP 1751,239.
- 25) LV 1,342.
- 26) RP 1751,252.
- 27) RP 1756,161.
- 28) RP 1749,23 — 26, 29,30. — Tagebuch des Ignaz Schroff. 1749, 9.3.: „...war die große Feursbrunst allhie in der Ortschaft Wisersfeld od. bey der Steyr sogenannte Bruderhausgassen, es sind 53 Haus samt Bruderhaus und Kirchn abgebrannt.“

- 29) RP 1749,23, 102,105. — Bürgermeister Paumgartner berichtete am 21. Mai, dass die Abbrändler außerstande waren, auch nur „Rolldächer“ zum Schutze der Brandstätten anzuschaffen. Die Zimmerleute, Maurer und Tagwerker könnten nicht auf Kredit arbeiten. Der Rat beschloss daher helfend einzugreifen.
- 30) RP 1749,40.
- 31) RP 1749,148,190,233.
- 32) RP 1749,55.
- 33) RP 1749,118.
- 34) RP 1749,202,211.
- 35) RP 1750,63.
- 36) RP 1751,154; LV 1,542.
- 37) RP 1751,93,212,220,265.
- 38) RP 1749,181.
- 39) RP 1751,242.
- 40) RP 1750,116,120; RP 1751,189,195,200; RP 1752,267,278; RP 1754,140, 148,258; RP 1755,118 120; RP 1756,309; RP 1758, Bd.162,282.
- 41) RP 1750,321.
- 42) 1 Pfund — 0,56 kg; 1 Gulden — 60 Kreuzer, 1 Kreuzer 4 Pfennig.
- 43) RP 1746,187.
- 44) RP 1751,349,352.
- 45) RP 1756,504.
- 46) RP 1757,486.
- 47) RP 1754,44.
- 48) RP 1755,282,297,342.
- 49) RP 1757,129.
- 50) RP 1757,205.
- 51) RP 1756,441.
- 52) RP 1752,285,294, J. Ofner, Postmeister und Lehenrößler, Veröffentlichungen des Kulturamtes, Heft 14,1959. — Für einen einfachen Brief waren drei Kreuzer als Portogebühr zu entrichten.
- 53) RP 1752 — 1758, Bd. 162,45,47,80.
- 54) RP 1753,184.
- 55) RP 1756,19,106. — Dr. Gruebers Vorgänger im Stadtschreiberdienste war Dr. jur. Carl Joseph Huebmayer (Huemayr), der von 1728 bis 1748 Stadtschreiber war.
- 56) LV 1,345.
- 57) RP 1757,187,230.
- 58) RP 1757,489.
- 59) RP 1758,338,482.
- 60) RP 1758,382,411.
- 61) RP 1755,187,230.; Demelius, österreichisches Grundbuchsrecht, Seite 9.

Literaturverzeichnis

1. Franz Xaver Pritz, Beschreibung der Stadt Steyr und ihrer nächsten Umgebung. Linz 1837.
2. Joses Ofner, Die Eisenstadt Steyr. Geschichtlicher und kultureller Überblick. Steyr 1958.
3. Alfred Hoffmann, Oberösterreichisches Schicksal im Wandel der Jahrhunderte. Linz 1946.
4. Alfred Hoffmann, Die Quellen zur Geschichte der Wirtschaft im Lande ob der Enns.
5. Josef A. Tzöbl, Österreich — Großmacht.
6. Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2, Stuttgart 1958.
7. Ludwig Edlbacher, Landeskunde von Oberösterreich. Wien 1883.
8. Heinrich Demelius, österreichisches Grundbuchsrecht. Wien 1948.

Weiteres (Quellenmaterial: Ratsprotokolle, Steuerbücher, Jurisdiktionsakten im Stadtarchiv Steyr, Sterbematriken im Stadtpfarramt Steyr.

Im Stadtarchiv fehlen die Ratsprotokolle der Jahre 1597, 1598, 1726, 1729, 1740 und 1761. Diese dürften bei Verlagerungen verloren gegangen sein. Die Archivalien der Stadt wurden 1704 und 1741 nach Eisenerz, 1809 nach Preßburg und 1944 nach Spital am Pyhrn gebracht.